

SEIT
1946

11/2018

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 14Z040222 M, Nr. 11/2018



GEMMA, GEMMA **DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH** (WIEN MUSEUM)

Die Gewerkschaft und die
Fundamentierung des Sozialstaats
Brigitte Pellar

Zukunft Populismus?
Tamara Ehs

Pluralisierte Gesellschaft,
Populismus und Sozialdemokratie
Isolde Charim

Umkämpfte Technologien
Tobias Orischnig

EDITORIAL

Ein Jahr schwarz-blaue Regierung ist vor allem für deren Mitglieder ein Grund zum Feiern. In einer Unverschämtheit, die selbst Schwarz-Blau I unter Wolfgang Schüssel in den Schatten stellt, wird die Republik umgebaut, um die sozialen und politischen Machtverhältnisse dauerhaft zu verschieben. Das betrifft nicht nur Postenbesetzungen in staatlichen und staatsnahen Unternehmen, sondern die Strukturen der Republik und ihrer Institutionen. Nach den ungeheuerlichen Vorgängen rund um die BVT-„Hausdurchsuchung“ ist die beschlossene Zerschlagung der Sozialversicherung und die Schaffung der Österreichischen Gesundheitskasse der bisher wohl weitgehendste Schritt: Die völlige Entmachtung der ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung ist, nach den gesetzlichen Änderungen beim 12-Stunden-Tag, ein weiterer frontaler Angriff auf die Organisationen der arbeitenden Menschen und zielt auf die Schwächung und Entmachtung der Gewerkschaften ab. Die Regierung wartet wohl nur noch die AK-Wahlen ab, um den nächsten Großangriff auf diese Institution zu starten.

Am Beginn dieser Ausgabe steht ein historischer Rückblick auf die Rolle jener Kraft bei der Gründung und Konstituierung unserer Republik, deren Schwächung heute das oberste Ziel der Regierung darstellt: **Brigitte Pellar** stellt dar, wie die **Gewerkschaften** die **Entstehung der Republik vor 100 Jahren** mitgestaltet haben.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich dann aber dem Phänomen des Populismus und geht der Frage nach, was Rechtspopulisten erfolgreich macht und welche Strategien die Linke ihm entgegenstellen kann:

Im Interview mit **Isolde Charim** ist die Bedeutung der **Pluralisierung unserer Gesellschaft** in diesem Prozess, aber auch der Zusammenhang zwischen sozial- und identitätspolitischen Faktoren, Thema.

Fabian Steinschaden argumentiert anhand zahlreicher Studien, warum der Versuch, der **Politik der Emotionen** mit Fakten zu begegnen, scheitern muss. Die Linke müsse ihre Politik in klar kommunizierbare emotionale Geschichten verpacken, die ihre Werte repräsentieren.

Tamara Ehs geht schließlich aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive dem **Begriff des Rechtspopulismus** auf die Spur und plädiert für ein **linkspopulistisches Gegenkonzept**.

Ludwig Dvořák skizziert die Entwicklung der **Gelbwesten-Bewegung** in Frankreich und stellt sie in den Kontext des neuen Buchs von **Michael Hartmann** „**Die Abgehobenen**. Wie unsere Eliten die Demokratie zerstören“.

Tobias Orischnig stellt schließlich den neuen Beigewumm-Sammelband „**Umkämpfte Technologien**“ vor.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Gemma, Gemma
Das Wien Museum im Aufbruch
BMW-Zentrale in München, 1973
Karl Schwanzer
Foto: Sigrid Neubert
© Wien Museum / Karl Schwanzer Archiv

6 DIE GEWERKSCHAFT UND DIE FUNDAMENTIERUNG DES SOZIALSTAATS

VON BRIGITTE PELLAR

**SCHWERPUNKT:
DEM ERFOLG DES RECHTSPOPULISMUS AUF
DER SPUR**

12 Pluralisierte Gesellschaft, Populismus und Sozialdemokratie

VON ISOLDE CHARIM

18 In der Politik schlägt das Gefühl immer die Vernunft

VON FABIAN STEINSCHADEN

24 Zukunft Populismus?

VON TAMARA EHS

32 Die Abgehobenen

VON LUDWIG DVOŘÁK

38 Umkämpfte Technologien

VON TOBIAS ORISCHNIG

Die Gewerkschaft und die Fundamentierung des Sozialstaats

Die Historikerin **Brigitte Pellar** untersucht anlässlich des hundertsten Geburtstag unserer Republik den Einfluss der Freien Gewerkschaften während der „österreichischen Revolution“ vor und nach 1918.

HistorikerInnen und politische AkteurInnen stritten und streiten darüber, ob die Errichtung einer demokratischen Republik in Österreich 1918 als Revolution gewertet werden kann. Hans Kelsen, der Mitautor unserer Verfassung, war auf jeden Fall der Überzeugung, dass eine grundlegende Änderung des Rechtssystems, wie sie 1918 stattfand, einen revolutionären Akt darstelle. Kelsen: „Revolution aber ist, vom juristischen Standpunkt aus gesehen, nichts anderes als der Bruch der Rechtskontinuität. Und ein solcher Bruch ist auch dann noch Revolution, wenn er sich ... ohne äußeren Kampf, ohne Blutvergießen vollzieht ...«

Artikel 7 der Verfassung von 1920 formuliert den „Bruch der Rechtskontinuität“ in Richtung Demokratisierung un-zweideutig: „Alle Bundesbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse sind ausgeschlossen.“ Angesichts der Erfahrungen unter dem alten Regime, nicht nur während der Kriegsdiktatur ab 1914, erlebten die Freien Gewerkschaften die Gründungsphase der Republik in jeder Hinsicht als revolutionären Prozess. Der Gewerkschaftstheoretiker und Gewerkschaftshistoriker Richard Robert Wagner beschrieb die Ausgangssituation in seiner Arbeit über die Gewerkschaften in den ersten Jahren der Republik: „Der Umsturz der politischen Verhältnisse in Österreich wälzte auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Wirtschaft um. Vor dem Kriege waren sie nur geduldet, der Staat erkannte ihre Verträge nicht als rechtskräftig an ... Weder Staat noch Unternehmer duldeten, dass die Gewerkschaften in Wirtschaftsfragen mitentschieden.“

Dem stellte Wagner die neue freie Welt gegenüber, die sich mit der Republikgründung aufzutun schien: „Die politische Vorherrschaft der Arbeiterklasse ..., die Macht der Sozialdemokratie, hob auch die Gewerkschaften zur Gleichberechtigung, vielfach zur Führung bei den Wirtschaftsentscheidungen im Staate und zur Mitbestimmung in den Betrieben empor. Die Arbeit trat dem Kapital als gleichberechtigter Partner gegenüber, der Staat erkannte beide Fronten des wirtschaftlichen Klassenkampfes an.“

DER WEG ZUR POLITISCHEN MITGESTALTUNG

Ganz ignorieren konnten die Regierungen und die Ministerialbürokratie des „österreichischen“ Staates der Habsburgermonarchie, der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ (Kurz: „Reichsratsländer“), die Freien Gewerkschaften als politischen Faktor in der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung aber schon vor 1900 nicht mehr. Die anderen Richtungsgewerkschaften, die nach 1945 den überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbund (öGB) bilden sollten, entstanden damals gerade erst. Sie waren deshalb in den Augen der politischen Eliten höchstens von Bedeutung, um das Gewicht der ihnen nahestehenden Parteien in den ersten Beteiligungsgremien zu verstärken, und sie sollten auch in der Gründungsphase der demokratischen Republik keine nennenswerte Rolle spielen. Eines darf dabei nicht übersehen werden: das politische System der Reichsratsländer untersagte gewerkschaftlichen Fachvereinen als einer Variante „nichtpolitischer Vereine“ politische Betätigung. Wo Gewerkschaftsdelegierte bis 1918 in staatliche Gremien einbezogen wurden, firmierten sie daher als beratende sozialpolitische Ex-

perten, obwohl es in der Realität häufig um die Vorbereitung politischer Entscheidungen ging. Auch die Bestellung dieser Delegierten erfolgte nicht autonom, sondern durch den zuständigen Minister, wobei die Ministerialbürokratie allerdings Fingerspitzengefühl bewies und den Gewerkschaftsorganisationen das Vorschlagsrecht einräumte.

Die erste österreichische Institution, die neben Vertretern der Unternehmerorganisationen auch Gewerkschaftsvertreter in gleicher Zahl umfasste, war der um 1900 eingerichtete „ständige Arbeitsbeirat“ des arbeitsstatistischen Amtes im kaiserlich-königlichen Handelsministerium. In ihm waren außerdem alle mit der „sozialen Frage“ irgendwie befassten Ministerien und sozialpolitische Experten vertreten, weshalb von einer echten Parität keine Rede sein konnte. Aber die ArbeitnehmerInneninteressenvertretung stellte immerhin ein Viertel der Mitglieder, während der Anteil der nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählten Mandatäre im Abgeordnetenhaus des Reichsrats vor 1900 gerade einmal 17 Prozent betrug, – das allgemeine Männerwahlrecht galt ja erst ab 1907. Eigentlich sollte der Beirat nur die Forschungsarbeit des arbeitsstatistischen Amtes begleiten, er entwickelte sich aber zu einem Begutachtungsgremium, dessen Stellungnahmen immer wieder die Grundlage für Regierungsvorlagen bildeten und in dem die Freien Gewerkschaften ihre Handschrift hinterließen. Darüber hinaus erarbeitete er Reformkonzepte, zuletzt zur Reform der Sozialversicherung. Nur wenige der Vorschläge und Konzepte gelangten zur parlamentarischen Beschlussfassung, aber sie bildeten eine wichtige Grundlage für das rasche Einleiten sozialpolitischer Maßnahmen in den Gründungsjahren der Ersten Republik.

Unter der Kriegsdiktatur ab 1914 war gewerkschaftliche Mitwirkung nicht gefragt. Erst 1917, als die russische Revolution und nationalstaatliche Bewegungen auf dem Boden der Habsburgermonarchie den Widerstand gegen Hunger, Krieg und Kriegsdiktatur unübersehbar werden ließen, die Rohstoffe für die Industrie fehlten und das Kriegsende absehbar schien, wurde das von Gewerkschaftsseite geforderte paritätische Gremium zur Lösung sozialpolitischer Fragen realisiert. Der Hauptausschuss dieser „Generalkommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft“ und ihre Arbeitsausschüsse waren die ersten staatlichen Gremien der Monarchie, in denen Gewerkschafter politisch mitentscheiden konnten. Hier setzten der Gewerkschaftsgründer und spätere Wiener Bürgermeister Jakob Reumann und der zukünftige Staatskanzler Karl Renner im September 1918 die Errichtung eines „paritätischen

Industriekomitees“ durch. Dieses manchmal auch als „Industriekommission“ bezeichnete Gremium sollte dem Krisenmanagement zwischen Staat und Arbeitsmarktparteien zur Aufrechterhaltung der Produktion nach Kriegsende dienen.

Als die deutschsprachigen Mandatäre des 1911 gewählten Abgeordnetenhauses des Reichsrats als „provisorische Nationalversammlung“ im Oktober 1918 die Ausrufung der demokratischen Republik vorbereiteten, setzten sie die „Industriekommission“ als „Industrielles paritätisches Komitee“ neu ein. Im paritätischen Komitee gestalteten Gewerkschafter in oft zähen Verhandlungen mit den Vertretern des Hauptverbands der Industrie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der ersten Jahre der Republik entscheidend mit. Die ausverhandelten Kompromisse dienten der provisorischen Nationalversammlung und ab Frühjahr 1919 der neugewählten konstituierenden Nationalversammlung für Gesetzesbeschlüsse von Langfristwirkung für den Aufbau eines demokratischen Sozialstaats.

Der Einführung des Achtstundentags mit zehnstündiger Maximalarbeitszeit und das Arbeiterurlausgesetz wurden hier ebenso ausverhandelt wie die Abschaffung des Arbeitsbuchs, das Betriebsrätegesetz und die Errichtung von Einigungsämtern, verbunden mit der rechtsverbindlichen Anerkennung von Kollektivverträgen. Eine der allerersten Maßnahmen, die das Komitee abstimmte und konzipierte, war die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die dann zur Arbeitslosenversicherung weiterentwickelt wurde, und die damit verbundene Errichtung der „Industriellen Bezirkskommissionen“, der Urform des Arbeitsmarktservice, beides noch vor Ausrufung der Republik. Auch dass die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte im Februar 1920 trotz starker Spannungen in der Regierungskoalition einstimmig beschlossen werden konnte, war der Kompromissfindung zwischen den Arbeitsmarktparteien, Parlaments- und Regierungsvertretern zu verdanken.

DAS POLITISCHE MANDAT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN

Für Österreichs Freie Gewerkschaften bedeutete ihr zunehmender politischer Einfluss kein Bruch mit ihrem bisherigen Selbstverständnis. Im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa Großbritannien, aber zum Teil auch Deutschland, verstanden sie sich fast von Anfang an als gleichwertige AkteureInnen im Kampf um eine gerechte Gesellschaft. Schon beim ersten Gewerkschaftskongress 1893 nannte der Buchdrucker

Karl Höger, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der frühen österreichischen ArbeiterInnenbewegung, Gewerkschaftsarbeit ohne gesellschaftspolitisches Ziel schlicht „Gewerkschaftstrottelei“. Der junge Jurist Julius Deutsch, bestätigte das Fortbestehen dieser Grundhaltung, als er 1908 die Geschichte der ersten vierzig Jahre der Freien Gewerkschaften schrieb: „Bei uns kämpfen die Gewerkschaften nicht bloß um bessere oder schlechtere Arbeitsbedingungen, sondern sie sind auch bemüht, anderwärtig Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. So, wenn sie für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Kampf zogen ... Politisch neutrale Gewerkschaften gibt es bei uns nicht.“ Dieser Grundsatz blieb übrigens auch – unter verändertem Vorzeichen – für den 1945 gegründeten Österreichischen Gewerkschaftsbund (öGB) bestimmend, wenn er sich als „überparteilich, aber nicht unpolitisch“ bezeichnete und er ist auch noch aus dem während der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei (öVP) in den 1960er Jahren formulierten Standpunkt herauszulesen: „Der öGB beurteilt jede Regierung danach, wie sie sich gegenüber Arbeitnehmerinteressen verhält“.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts waren Gewerkschafter als Abgeordnete der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) im Reichsrat vertreten, verstärkt ab 1907, nachdem das allgemeine (aber noch immer nicht wirklich gleiche) Wahlrecht für Männer durchgesetzt werden konnte. Zu den führenden deutschsprachigen Gewerkschaftern in der provisorischen Nationalversammlung zählten der Textilarbeiter Ferdinand Hanusch, Vorsitzender der Reichskommission der Freien Gewerkschaften dann Staatssekretär für Soziales, der Metallarbeiter Franz Domes, Hanuschs Nachfolger als Vorsitzender der Gewerkschaftskommission und ab 1921 erster Arbeiterkammerpräsident, der Bekleidungsarbeiter Johann Smitka, Hanuschs Vorgänger an der Spitze der Gewerkschaftskommission, die Eisenbahner Josef Tomschik und Rudolf Müller und der Porzellanmaler Anton Schäfer. Schäfer war ab 1899 Landessekretär der Wiener Gewerkschaftskommission für Böhmen und übte die vergleichbare Funktion ab 1919 als Zentralsekretär des „Deutschen Gewerkschaftsbunds“ auch in der Tschechoslowakei aus, nachdem das Sudetengebiet durch die Friedensverträge dem neuen Staat zugeteilt wurden war, und gehörte 1920 bis 1936 dem tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus an.

In der provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Österreichs stellte die SDAP nur eine Minderheit an Abgeordneten. Angesichts der revolutionären Entwicklung in Ungarn und München und der starken Rätebewegung im eigenen

Land erhielt sie aber wesentlich mehr politisches Gewicht als es ihrer Mandatszahl entsprach. Das verdankten sie wesentlich den Gewerkschaftern mit ihren direkten Kontakten zu den Vertrauensleuten in den Betrieben und ihrer langjährigen Verhandlungserfahrung, die sich nicht nur im paritätischen Komitee bewährte. Ihre Bedeutung im Lager der Sozialdemokratie zeigte sich auch daran, dass es dem Metall-Gewerkschafter Johann Schorsch gelang, das versprochene Frauenwahlrecht gegen den aus taktischen Gründen zögernden Karl Renner schon für die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung Anfang 1919 durchzusetzen. Die Wahlen in das Verfassungsparlament machten die SDAP zur stärksten Einzelfraktion und viele GewerkschafterInnen erreichten ein Abgeordnetenmandat, darunter mehrere Frauen wie Anna Boschek und Maria Tusch. Im sozialdemokratischen Klub bildeten die GewerkschafterInnen eine eigene Fachsektion zur Ausarbeitung von Gesetzesanträgen und konnten so vor allem auch beim kollektiven Arbeitsrecht Weichen stellen.

Das Gewicht der Freien Gewerkschaften zeigte sich auch darin, dass die SDAP mit Franz Domes den höchsten Gewerkschaftsrepräsentanten in den von der Nationalversammlung bestellten Staatsrat entsandte. Dem Staatsrat unterstanden Staatskanzler Renner und die einzelnen Staatsämter. Angesichts der revolutionären Bewegungen und des Massenelends fiel das Staatsamt für Soziales fast automatisch der Sozialdemokratie zu, die SDAP wiederum überließ die Entscheidung, wer mit dieser „Mission Impossible“ betraut werden sollte, der Gewerkschaftskommission. Die Wahl fiel auf Ferdinand Hanusch, mit dessen Namen seitdem die ersten Schritte Österreichs zum Sozialstaat verbunden sind. Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren gelang es unter Federführung des Staatsamts, vom Achtstundentag bis zum Betriebsrätegesetz, vom Verbot der Kinderarbeit bis zum Arbeiterkammergesetz, vom Zugang zur Sozialversicherung für fast alle ArbeitnehmerInnen bis zur Einführung der Arbeitslosenversicherung ein Monsterprogramm umzusetzen. Widerstände in der Koalition machten dabei Kompromisse notwendig und Hanusch musste sich immer wieder der Kritik der GewerkschaftskollegInnen stellen. Beim Gewerkschaftskongress 1919 erklärte er den KritikerInnen, wo bei ihm die Grenze der Kompromissbereitschaft lag: „Es wäre natürlich viel leichter zu arbeiten, wenn wir eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung hätten. Nachdem wir sie nicht haben, müssen wir eben herauschinden, was wir können. ... Zum Vergnügen sitze ich nicht im Staatsamt; wenn ich nichts für die Arbeiterklasse tun könnte, würde ich noch heute demissionieren.“

In der Zweiten Republik wurde die kluge Lösung, das Sozialressort unter die Leitung von GewerkschafterInnen zu stellen, wieder aufgegriffen. Auch Bundeskanzler Klaus hielt sich während der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei in den 1960er Jahren daran, was Österreich mit Grete Rehor, der stellvertretenden Frauenvorsitzenden des öGB, die erste Frau in einem Ministeramt bescherte. Die rechte Koalitionsregierung unter Wolfgang Schüssel brach 2000 mit dieser Tradition.

DIE AUSEINANDERSETZUNG UM GEWERKSCHAFT UND RÄTEBEWEGUNG

Eine offene Frage stand in den Monaten der Republikgründung bis zum Frühjahr 1919 zwischen der SDAP und den Freien Gewerkschaften: die Frage nach der Rolle der Rätebewegung in der jungen Republik. Im Gegensatz zu Deutschland, wo eine starke kommunistische Partei entstanden war und die Sozialdemokratie in Frontstellung zur Rätebewegung ging, dominierte in Österreich die Sozialdemokratie die meisten Arbeiter- und Soldatenräte. Ihr gewaltsames Zurückdrängen stand nicht zur Diskussion, in diesem Punkt waren sich Partei und Gewerkschaft einig. Auch hinsichtlich der Einschätzung, dass die politische und rechtliche Gleichstellung der auf unselbständige Arbeit angewiesenen Menschen noch nicht die Überwindung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bedeutet, bestand Einigkeit. Aber ob und wenn ja in welcher Funktion die Gewerkschaften in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Rolle spielen sollten, darüber gingen die Meinungen auseinander. Als in der SDAP Konzepte zur Einbindung der Rätebewegung überlegt wurden, die die Gewerkschaften auf ihre behaupteten „Kernaufgabe“ des Lohnkampfes reduzieren wollten, stiegen die Spannungen zeitweise so stark, dass in den Freien Gewerkschaften Stimmen laut wurden, man möge doch einen völlig eigenständigen politischen Weg einschlagen. In dieser Situation schrieb Victor Adler, der Gründungsvorsitzende der SDAP und designierte Staatssekretär für Äußeres kurz vor seinem Tod am 11. November 1918 das berühmte „Testament“ mit dem Bild von den „siamesischen Zwillingen“, in dem er Anton Hueber, den (General-)Sekretär der Gewerkschaftskommission, ersuchte, mit ihm gemeinsam für das Weiterbestehen der Einheit von Partei und Gewerkschaft zu sorgen: „Die Partei hat in Österreich für die Gewerkschaften so viel getan wie in keinem anderen Lande. Sie hat auch von den Gewerkschaften so viel empfangen wie in keinem anderen Lande. Partei und Gewerkschaft sind bei uns siamesi-

sche Zwillinge; das hat seine Unbequemlichkeiten, aber sie zu trennen, wäre eine lebensgefährliche Operation für beide.“ Die Spaltung konnte abgewendet werden und die Gewerkschaften behaupteten innerhalb der Sozialdemokratie ihre Position als wichtige Akteurinnen im revolutionären Prozess, die Anton Hueber so umschrieb: „Mit der Vergangenheit müssen wir brechen und müssen den Weg gehen, der uns durch die Entwicklung gewiesen ist, um endlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation zur wirtschaftlichen Demokratie zu gelangen. Wir haben uns nicht organisiert, um bloß höhere Löhne zu bekommen, unsere Arbeit muss einem höheren Ziel dienen.“

DER SOZIALSTAAT ALS HERAUSFORDERUNG


Auch wenn die friedliche Transformation des Kapitalismus in ein gerechtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ein unerfüllter Traum blieb, schlugen die Reformen des kollektiven Arbeitsrechts in der Formulierung Richard Robert Wagners doch „Breschen im kapitalistischen System“. Die Möglichkeit zur Wahl von Betriebsräten, die Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge und die Errichtung von Arbeiterkammern waren tatsächlich revolutionäre Schritte, weil sie auf demokratische Mitbestimmung über den Parlamentarismus hinaus abzielten. In allen drei Fällen entschieden sich die Freien Gewerkschaften dafür, nicht auf Konfrontationskurs zu gehen, sondern die neuen Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihr eigenes Organisationskonzept einzufügen.

Das österreichische Betriebsrätegesetz war das erste Betriebsverfassungsgesetz weltweit und diente den entsprechenden deutschen und tschechoslowakischen Gesetzen als Vorbild. In keinem der beiden anderen Staaten wurde allerdings ein vergleichbarer Handlungsspielraum für die betriebliche Belegschaftsvertretung und ihre Interaktion mit den Gewerkschaften erreicht. Die freien Gewerkschaften interpretierten das Gesetz als Legalisierung der bisher zum Teil in Kollektivverträgen abgesicherten gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen. Deshalb bestand von Anfang an eine enge Vernetzung zwischen Gewerkschaften und Betriebsratsmitgliedern, wobei die Metallindustrie hier Pionierfunktion hatte. Die Metallarbeiter-Union organisierten auch die erste Betriebsrätekonferenz in Österreich.

Eine wichtige Rolle spielten die Betriebsräte als „Wächter“ über das Einhalten der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Kollektivverträge. Die Rechtsverbindlichkeit der Kol-

lektivverträge stärkte die Verhandlungsposition der Gewerkschaften, die gleichzeitig die Anerkennung der Autonomie der Arbeitsmarktparteien durchsetzten. Deshalb ist in Österreich bis heute keine staatliche Schlichtung im Konfliktfall vorgesehen.

Kammern für Arbeiter und Angestellte wurden in Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung als überbetriebliche gesetzliche Interessenvertretung in Selbstverwaltung geschaffen. Sie bildeten und bilden das spiegelgleiche Gegenstück zu den schon seit dem 19. Jahrhundert bestehenden Handelskammern der UnternehmerInnen, den heutigen Wirtschaftskammern. Um zu verhindern, dass mit den Arbeiterkammern rechtlich eingeschränkte „Gegengewerkschaften“ entstehen könnten, betonten die Freien Gewerkschaften ihre Bedeutung für die politische Gleichberechtigung der ArbeitnehmerInnen. Hueber: „Durch die Schaffung der Arbeiterkammern ist die Arbeiterschaft erst zur uneingeschränkten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung aufgerückt, die durch jahrzehntelange gewerkschaftliche Arbeit aufbereitet wurde.“

Anhänger der „Marktfreiheit“ bekämpften diese Mitbestimmungsrechte schon bald als „sozialen Schutt“, der beseitigt werden müsse. Sie fanden nach der Entscheidung der SPÖ für die Opposition ab 1921 in den rechten Koalitionsregierungen Verbündete, die das Experiment „soziale Demokratie“ vorläufig stoppen konnten. Die Zweite Republik knüpfte aber 1945 bewusst daran an und wies der Gewerkschaftsbewegung bis in die 1980er Jahre eine zentrale Rolle beim Ausbau und der Absicherung des Sozialstaats zu. 

BRIGITTE PELLAR

ist Historikerin und war langjährige Mitarbeiterin und Leiterin des Instituts für die Geschichte von Arbeiterkammern und Gewerkschaften in der Arbeiterkammer Wien.

GEMMA, GEMMA DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH

WIEN MUSEUM



GEMMA, GEMMA
DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH
Tennisschläger „Spear Head“ aus dem Besitz von Bruno Kreisky, um 1975

Pluralisierte Gesellschaft, Populismus und Sozialdemokratie

Im Gespräch mit der ZUKUNFT analysiert **Isolde Charim** welche Bedeutung die Pluralisierung unserer Gesellschaft für Strategie und Erfolg des Rechtspopulismus hat. Um an frühere Erfolge anzuknüpfen müsse die Sozialdemokratie wieder verstehen, dass Sozial- und Identitätspolitik keine unterschiedlichen Pole, sondern traditionell eng verwoben seien: Sozialdemokratische Sozialpolitik müsse Würde und Anerkennung vermitteln.

ZUKUNFT: Sie analysieren in ihrem Buch *Ich und die Anderen*, wie sich unsere Gesellschaft pluralisiert und welche Folgen diese Pluralisierung hat. Was verstehen Sie unter einer pluralisierten Gesellschaft?

Charim: Die Zusammensetzung der Gesellschaft hat sich verändert. Eine pluralisierte Gesellschaft ist eine vielfältigere Gesellschaft. Sie zeigt sich in der Vervielfältigung der Nationalitäten, der Religionen oder der Lebensentwürfe. Diese pluralisierte Gesellschaft ist ein Faktum. Das heißt, diese Gesellschaft ist nicht bewusst als solche entstanden, sie war nicht Ziel eines politischen Projektes.

Das Gegenstück zur pluralisierten Gesellschaft ist die **homogene Gesellschaft**. Was ist eine homogene Gesellschaft?

Die homogene Gesellschaft ist eine einheitliche Gesellschaft. Natürlich war diese Einheitlichkeit an Religionen, Nationalitäten oder Lebensentwürfen immer eine Fiktion. Aber es war eine Fiktion, die funktioniert hat. Es gab immer verschiedene Religionen in Österreich, verschiedene Lebensentwürfe, verschiedene Kulturen. Aber bis vor einigen Jahrzehnten gab es eine dominante Figur für das öffentliche Leben. Es gab **DEN** typischen Österreicher.

Wie sah dieser Typus aus?

Weiß, katholisch, in urbanen Gegenden trug der Mann ironischerweise die Tracht. Denken Sie an den Mann mit dem

grünen Lodenmantel. Man traf ihn überall. Es gab auch in den 1960er-Jahren verschiedene Typen, je nach Klasse oder nach Region. Aber es gab einen Leittypus. Und dieser Leittypus hat definiert, was normal ist. An ihm hat man sich orientiert.

Und heute ist er nur noch eine Figur unter vielen?

Genau. Als ich ein Kind war, war dieser Typus noch vorherrschend. Wenn Sie mit der Straßenbahn durch Wien gefahren sind, sind Sie ihm ständig begegnet. Die Menschen haben sich an diesem Leittypus orientiert und sich über ihn definiert. Entweder sie haben ihm entsprochen oder sie sind von ihm abgewichen. Vor einiger Zeit gab es eine Plakatserie in Wien, auf der man vier Köpfe von hinten sah. Einen Mann mit einer Kippa, einen Mann mit Hut und Gamsbart, einen Schwarzen und eine Frau mit Kopftuch. Der frühere Leittypus ist heute einer unter vielen. Er hat seine Leitfunktion verloren. Vor dreißig Jahren wäre dieses Bild so nicht möglich gewesen. Da wären die anderen Abweichungen von dem Mann mit Hut gewesen. Heute stehen sie nebeneinander.

Wie hat sich unsere Identität verändert? Also die Art, wie wir uns selbst wahrnehmen und verstehen?

Die Selbstverständlichkeit ist verschwunden. Pluralisierung ist eine Erfahrung. Sie ist nichts Abstraktes, sondern eine tagtägliche Erfahrung, die jeder macht, wenn er auf der Straße geht oder mit der U-Bahn fährt. Wir sehen nicht mehr nur den Leittypus, sondern Menschen mit den unterschiedlich-

ten Identitäten. Das bewirkt etwas in uns. Wir erleben jeden Tag, dass wir jemand ganz anderer sein können, dass wir ganz anders leben können.

Heute ist unsere Identität viel unsicherer. Früher gab es eine ganze Reihe von Institutionen, die unsere Identitäten bestätigt und stabilisiert haben: Parteien, Kirche, Vereine, Gewerkschaften. Diese Institutionen hatten die Funktion, die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Sie haben uns ein Identitätsangebot gemacht. Das waren sehr starke Identitäten und man musste sehr wenig dafür tun. Man konnte das Angebot annehmen und sich in die Organisation einfügen.

Und heute muss man diese Arbeit selbst übernehmen?

Genau. Wir müssen uns jeden Tag aufs Neue selbst versichern, wer wir sind. Wir sind mit unzähligen Identitätsangeboten konfrontiert und müssen zwischen ihnen entscheiden. Das ist herausfordernd und anstrengend.

Wie soll man mit der Pluralisierung umgehen? Die deutsche Philosophin Carolin Emcke meint etwa, jedes Kopftuch, erinnert sie daran, die Möglichkeit zu haben, anders zu sein. Sie interpretiert die Pluralisierung als Zuwachs von Freiheit. Sollen wir so mit Pluralisierung umgehen?

Wir müssen verstehen, dass Pluralisierung mit uns etwas macht. Wer sich in einer pluralisierten Gesellschaft bewegt, denkt sich nicht einfach nur: „Oh, so schön bunt ist die Welt.“ Sie stellt immer auch unsere Identität infrage, denn diese verliert ihre Selbstverständlichkeit. Unsere Identität ist nicht gelöscht, aber sie ist eingeschränkt. Man muss die Pluralisierung akzeptieren, man kann hinter ihre Erfahrung nicht zurück. Wir müssen fast alles neu ausverhandeln. Unsere Sitten sind nicht mehr selbstverständlich, also sind wir gezwungen, sie neu zu diskutieren.

Gibt es nicht parallellaufende, ähnliche Prozesse? Nehmen wir die Arbeitswelt. Früher hat man einen Beruf gelernt und in der Regel bis zur Pension ausgeübt. Heute stellen wir uns ständig die Frage, ob wir noch eine Ausbildung machen wollen, ob wir in eine andere Stadt ziehen oder ob wir uns ein neues Unternehmen suchen. Das kommt mir sehr ähnlich vor.

Natürlich. Der Kapitalismus verändert sich und das wirkt sich auch stark auf unsere Identitäten aus. Aber die Plurali-

sierung ist der offensichtlichste Bereich – und vor allem ist er politisch am stärksten aufgeladen.

Bis in die 1980er Jahre war Politik stark an große Parteien und ihre Organisationen gebunden. Man war – oft das ganze Leben – in den jeweiligen Vereinen organisiert. Wie hat sich Politik seither verändert?

Das beginnt wahrscheinlich mit der Zäsur von 1968 und den Folgejahren. Seither wurden Menschen aus den Organisationen herausgeholt und sie wurden in eine neue Form von Politik involviert. Man wollte sich infolge nicht mehr in Institutionen einfügen wie zuvor. Nun betrachtete man die Gesellschaft vor allem aus einer spezifischen Perspektive. Dabei organisierte man sich entlang von spezifischen Merkmalen und Themen: Die Frauenbewegung, die Umweltbewegung, die Friedensbewegung. Anstelle der Parteiideologie und der Parteiidentität, die man eben ganz übernahm, rückte ein Merkmal oder ein Anliegen in den Vordergrund. Massenorganisationen verloren an Bedeutung und wurden durch NGOs ersetzt.

Wie sieht die heutige Situation aus?

Heute will man sich politisch engagieren, aber nicht indem man eine Identität übernimmt – auch keine spezifische. Man möchte als der teilhaben, der man ist. Es gibt auch heute noch ein starkes Begehren nach politischem Handeln. Wir leben keineswegs in einer entpolitisierten Gesellschaft. Aber es fehlen Organisationsformen, die zu unserer pluralisierten Gesellschaft passen. Weder Massenorganisationen mit ihrer disziplinierenden Form noch NGOs mit ihren großen moralischen Ansprüchen entsprechen unseren Identitäten. Emanuel Macron hat in seinem Wahlkampf geschickt auf diese Situation reagiert. Er hat Bürgerversammlungen initiiert. Diese waren ein richtiger Resonanzraum. Die Menschen konnten dorthin hingehen und mit ihrer jeweiligen Identität, mit ihrem spezifischem Ich teilhaben und einfach vorkommen. Sie mussten ihre Identität nicht abstreifen und sich in eine Partei oder NGO einordnen.

Wir leben heute in einer sehr individualistischen Gesellschaft. Menschen sind zwar bereit, sich mitunter sehr intensiv und aktiv in politische Prozesse einzubringen. Aber sie sind dabei auffallend unproduktiv, wenn es darum geht, gemeinsame Positionen zu erzeugen.

Genau. Es gibt eine starke Sehnsucht nach Engagement. Es gibt sehr viele punktuelle Zusammenkünfte, wo sich diese Sehnsucht verdichtet. Aber die Menschen sehnen sich nach voller Partizipation, nach voller Teilhabe am politischen Prozess. Sie wollen sich von niemandem vertreten lassen. Sie wollen als die, die sie sind, mitmachen und vorkommen. Mit ihrer gesamten Weltanschauung und ihrer gesamten Biographie.

Bis in die 1970er nahm man als Partei- oder Gewerkschaftsmitglied am politischen Prozess teil, danach als Umwelt- oder Frauenaktivist. Man hat immer auch von einigen Anliegen oder Ansichten abgesehen und sich auf das für einen Wesentliche konzentriert. Das ist heute anders.

Früher verlief der zentrale politische Gegensatz in Europa zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten. Heute verläuft er zwischen Rechtspopulismus und weltoffenem Liberalismus. Und während die wirtschaftspolitischen Gegensätze überschaubar sind, kracht man auf Ebene der Kultur richtig zusammen.

Das entspricht genau der pluralisierten Gesellschaft, in der die Kultur das zentrale politische Konfliktfeld ist. Es gibt nicht nur den Prozess der Pluralisierung, sondern auch immer den der Abwehr. Wir haben jene Kräfte, die versuchen, mit der Pluralisierung umzugehen. Der Populismus hingegen wehrt sie ab und will sie rückgängig machen. Es wird um die Identität gerungen. Und die Frage der Identität überdeterminiert alle anderen politischen Fragen. Das heißt, egal worüber man diskutiert, es wird immer durch das Schema der Identität verhandelt. Ob wir über Bildungspolitik oder Sozialpolitik sprechen, immer geht es um Identität, um Pluralisierung und um Abwehr der Pluralisierung.

Was macht den Rechtspopulismus aus?

Ich halte mich da an die Definition von Jan-Werner Müller. Der Rechtspopulismus erzeugt ein imaginäres Volk, ein Wir, und behauptet, dass er es sei, der das Volk als einziger vertritt. Ganz zentral dabei ist, dass er zutiefst antipluralistisch ist.

Viele ziehen zwischen dem Rechtspopulismus und dem Faschismus einen Vergleich.

Faschismus und Rechtspopulismus unterscheiden sich grundsätzlich. Ein entscheidender Unterschied besteht darin, dass der Faschismus einen anderen Bezug zur Zukunft

hat. Der Faschismus will einen neuen Menschen erschaffen. Rechtspopulistische Parteien hingegen bleiben in der Gegenwart. Sie bestätigen die Menschen in dem, was sie sind. Sie sagen: „Du bist du und das ist gut so.“ Das ist ein unglaubliches Angebot.

Die italienischen Faschisten wollten durch den Krieg einen neuen heroischen Menschen schaffen und die „Rasse“ reinigen. Die FPÖ will, dass wir im Kleingarten sitzen, grillen und gegen Kopftücher sind?

Der Faschismus ist ein pädagogisches Projekt. Faschisten wollen die Menschen erziehen, ihren Kern verändern. Das will die FPÖ nicht. Sie sagt, man soll sich eben nicht verändern. Auch die Wähler sind alles andere als Faschisten. Man wählt nicht FPÖ, um im Gleichschritt zu marschieren. Die Wähler der FPÖ wollen sich nicht einen faschistischen Staat eingliedern oder einer faschistischen Ideologie unterwerfen. Sie wollen die Pluralisierung zurückdrängen und andere Menschen unterwerfen, ihnen ihre Religion oder ihre kulturellen Symbole nehmen. Ob Strache wirklich nur will, dass wir im Schrebergarten sitzen und grillen, ist schwer zu sagen. Auf diese Haltung hat sich die FPÖ jetzt einmal eingependelt. Aber darauf vertrauen würde ich nicht.

Wie hängen nun der Erfolg der Rechtspopulisten und die Pluralisierung zusammen?


Für viele ist die Pluralisierung eine große Herausforderung. Viele sehen keinen Vorteil darin, viele sind überfordert. Manche erleben sie als Kränkung, weil Selbstverständlichkeiten verschwinden oder weil sie sich unterlegen fühlen. Das ist für viele Menschen schwer zu ertragen. In diese Kerbe schlägt der Rechtspopulismus.

Seit Beginn der 1990er Jahre verlieren nahezu alle sozialdemokratischen Parteien an Einfluss. Woher kommt dieser Druck auf die Sozialdemokratie?

In der politischen Linken debattiert man gerade, ob man weniger auf die Identitätspolitik setzen und zur sozialen Fragen zurückkehren soll. Aber das ist ein fataler Fehlschluss. Die Sozialdemokratie hat früher verstanden, dass es bei sozialen und ökonomischen Fragen immer auch um Anerkennung geht. Es ging ihr nicht einfach um Sozialleistungen, sondern um den Anspruch darauf. Und wer Anspruch darauf hat, ist ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie hat immer

zwei Kämpfe zugleich geführt. Jeder Groschen war immer auch ein Beweis dafür, dass man vollwertig ist, dass man ein Recht auf Teilhabe hat. Sozialleistungen waren keine Almosen. Man hatte Anspruch darauf. Die Sozialdemokratie kümmert sich heute nicht einfach zu wenig um Sozialpolitik. Sie hat vielmehr vergessen, dass Sozialpolitik auch ein Identitätsangebot sein muss.

Ich war vor zehn Jahren auf einer Veranstaltung sozialdemokratischer PensionistInnen. Als Werner Faymann gegen die Studiengebühren gewettert hat, hat der Saal getobt. Als wären Studiengebühren für sozialdemokratische PensionistInnen finanziell zentral. Es ging ihnen um Würde.

Und die Würde war gebunden an dieses materielle Moment. Die Würde war nicht gebunden an Sonntagsreden, sondern an etwas ganz Konkretes. Und das war für die Sozialdemokratie früher zentral: Jeder Einsatz, jede Kollektivvertragsverhandlung, jede Reform war verbunden mit dem Kampf, anerkannt und gewürdigt zu werden. 

ISOLDE CHARIM

ist eine österreichische Philosophin und Publizistin. Ihr Buch „Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert“ ist 2018 im Zsolnay-Verlag erschienen.



GEMMA, GEMMA
DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH
Rendering Wien Museum Neu © CWR ARCHITEKTEN

GEMMA, GEMMA DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH

WIEN MUSEUM



In der Politik schlägt das Gefühl immer die Vernunft

Was macht aktuell den politischen Erfolg rechter Parteien aus? **Fabian Steinschaden** argumentiert, dass die Linke der Kraft der Emotion zu wenig Beachtung schenkt. Die Linke braucht Geschichten, in die sie ihre Politik verpackt – am besten mit Emotion und Vernunft.-

Bruder und Schwester, beide in ihren frühen Zwanzigern, verbringen einen Urlaub in Paris. Eines Abends, beide haben zu viel getrunken, landen die zwei im Bett. Sie verwenden ein Kondom, obwohl die Schwester die Pille nimmt. Am nächsten Tag sprechen sie über ihre Erfahrung. Sie sind beide der Meinung, es sei schön gewesen, würde aber niemals wieder vorkommen.¹

Moralisch verwerflich? Für sehr viele ja. Aber warum? Niemand ist zu Schaden gekommen. Kein Kind wurde gezeugt. Für beide war es eine schöne Erfahrung. Und trotzdem: Unser Gefühl sagt uns, dass hier etwas nicht richtig ist. Die wenigen Wörter haben ein Gefühl in uns ausgelöst. Wir haben vielleicht Ekel verspürt, vielleicht haben unsere Hände mehr geschwitzt oder wir haben aufgelacht und uns darüber gewundert, was wir hier lesen müssen. Aber sehen wir uns unsere Reaktionen auf das Beispiel genau an – denn es kann uns sehr dabei helfen, Politik zu verstehen.

DIE VERNUNFT, EIN SKLAVE DER GEFÜHLE

Den meisten Lesern wird es ähnlich ergehen: Was die beiden hier machen, ist falsch! Spätestens bei dem Wort Paris wurde mir unwohl und als die beiden im Bett gelandet sind, habe ich – unmittelbar in der Sekunde – mein Urteil gefällt.

Bereits der schottische Aufklärer David Hume wusste, die “Vernunft ist nur ein Sklave der Affekte”². Damit meint er,

dass die Vernunft den Anliegen der Gefühle dient, dass sie sich auf die Suche nach Mitteln macht, mit denen sie den Ansprüchen der Gefühle dienen kann.

Wer bei der obigen Geschichte also ein Unbehagen spürt, wird sich bei der Frage nach dem ‘Warum?’ zuerst auf die Suche nach vernünftigen und logischen Argumenten machen, die dieses Unbehagen begründen. Wer sich hingegen erregt fühlt, wird Argumente suchen, die die Erregung legitimieren. Die vernünftige Argumentation stellt sich in den Dienst unserer Gefühle und unserer Intuition.

Das menschliche Denken und Handeln zeichnet sich nur in Ausnahmefällen dadurch aus, dass Argumente fair abgewogen werden. In der Regel treffen wir unsere Entscheidungen vorreflexiv, gefühlsmäßig. Unsere Gründe kommen erst nachträglich, sie legitimieren unsere Entscheidungen.

WARUM GEFÜHLE DIE VERNUNFT SCHLAGEN

Eine wesentlicher Kritikpunkt am Populismus betrifft seinen Umgang mit Gefühlen. Während seriöse Politik auf Sachthemen setze, appelliere der Populismus an Gefühle und Instinkte der Menschen. Fakten, Statistiken oder die reale Rechtslage würden keine Rolle spielen.

Aber warum kommt man mit Fakten so schlecht gegen Stimmungen an? Warum werden Zahlen ignoriert? Um das zu verstehen und im Anschluss daran eine Strategie zu entwi-

ckeln, wie man dieser Form von Politik sinnvoll entgegentreten kann, müssen wir uns darüber verständigen, wie Gefühle und Denken funktionieren.

Gefühle erfüllen für das Überleben von Organismen eine entscheidende Funktion – daher gibt es unterschiedliche Formen und Vorstufen von Gefühlen bei allen Lebewesen mit einem zentralem Nervensystem. Gefühle sind zunächst einmal nicht viel mehr, als ein unmittelbarer Bericht über den momentanen Zustand des Lebens. Und sie informieren einen Organismus darüber, ob er seinen Zustand verändern soll. Muss er sich ausruhen? Muss er flüchten? Muss er sich ernähren? Sicher, die Menge und Komplexität menschlicher Gefühle übersteigt die von primitiven Lebensformen um ein Vielfaches. Das Hungergefühl ist weitaus weniger komplex als ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl oder das Gefühl, unfair behandelt zu werden. Manche Gefühle – wie etwa Hunger oder Kopfschmerzen – fühlen den Körper. Andere – wie Liebe, Bewunderung oder Hass – beziehen sich auf Mitmenschen. Aber in allen Fällen übernehmen Gefühle die gleiche Funktion: Sie dienen dazu, dem Organismus mitzuteilen, ob er etwas verändern soll. Gefühle sind – vereinfacht gesagt – zu einem großen Teil eine Strategie, um zu überleben und Wege zu finden, sich fortzupflanzen.³

Wie steht es jetzt mit dem rationalen Denken, mit der Vernunft? Gemeinhin werden Vernunft und Gefühl gegenübergestellt. Tatsächlich sind die beiden miteinander verschlungen. „Gefühle“, schreibt der Neurowissenschaftler Antonio Damasio, „sind der Kern mentaler Zustände“⁴. Denken und Vernunft bauen auf Gefühlen auf. Vernunft und Gefühle stehen sich also nicht gegenüber, vernünftiges Denken steht auf Gefühlen und ist von ihnen durchdrungen.

Denken hat sich evolutionär als weitere Überlebensstrategie entwickelt. Sobald ein Organismus ein Gefühl spürt und nicht unmittelbar weiß, wie er reagieren muss – setzt das Denken ein. Insekten können das nicht – sie haben einige Schemen, mit denen sie auf eine Bedrohung reagieren. Aber es sind immer dieselben. Menschen hingegen können reflektieren und überlegen und daher neue, noch nie dagewesene Strategien entwickeln. Weil sie denken. Aber wir müssen verstehen, dass sich die Vernunft nicht entwickelt hat, um die objektive Wahrheit zu finden. Sondern um dem Organismus in seinem Drang, zu überleben, zu unterstützen – was natürlich keineswegs bedeutet, dass die Vernunft nicht trotzdem auch die Fähigkeit hat, nach der Wahrheit zu suchen und diese auch zu finden. Es ist lediglich nicht seine vordringlichste Aufgabe.

Aus der evolutionären Entwicklung des Menschen folgt auch, dass Gefühle „um viele Millionen Jahre älter sind als jene bewussten Denkprozesse, die wir als ‘Verstand’ bezeichnen, und dass sie unser Verhalten viel länger bestimmen.“⁵ Gefühle sind stärker und zwar um ein Vielfaches. Menschen werden – entgegen dem, was die traditionelle Philosophie seit Jahrhunderten sagt – nicht von rationalem Denken angetrieben. Sondern von ihren Wünschen, ihren Ängsten, ihren Bedürfnissen und ihren Werten.

UNBEHAGEN GEGENÜBER GEFÜHLEN

Die politische Bedeutung des Verhältnisses von Gefühl und Vernunft ist offensichtlich. Wenn die Vernunft auf den Gefühlen aufbaut, ist sie ihnen gegenüber nur bis zu einem gewissen Grad selbstständig. Und sie ist von ihnen motiviert. Das heißt, wir denken nur dann bewusst über etwas nach, wenn es einen (emotionalen) Grund dafür gibt.

Kehren wir zu unserem Beispiel mit den Geschwistern zurück. Wer das Beispiel abstoßend findet, wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein starkes Gefühl verspüren. Stellen wir uns nun folgendes Szenario vor: Wir wollen jemanden, der das Verhalten der beiden Geschwister vollkommen unmoralisch findet, vom Gegenteil überzeugen. Wir erklären ihm, dass die beiden niemanden schädigen und dass die Wahrscheinlichkeit, dass die beiden ein potentiell behindertes Kind gezeugt haben, gleich null ist. Aber warum sollte ihn das überzeugen? Er lehnt das Verhalten der beiden ja nicht aus einer rationalen Überlegung ab, sondern aufgrund eines abstoßenden Gefühls. Und durch dieses Gefühl werden wir mit logischen Argumenten nur dann dringen, wenn die Bereitschaft unseres Gegenübers dafür da ist.

Die klassisch linke und liberale Vorstellung in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten lautet: Die WählerInnen der FPÖ wissen zu wenig über die Gesellschaft, über Kriminalitätsraten von Menschen mit Migrationshintergrund, usw. Würden die Menschen bloß über genug Informationen verfügen, würden sie nicht rechts wählen.

Hinter dieser Haltung steht ein Motiv, das die gegenwärtige Schwäche linker Parteien zu einem nicht geringen Maß erklären kann: Es gibt ein deutliches Unbehagen mit Gefühlen. Politik, die nicht auf rationalen Argumenten, auf Zahlen und Daten aufbaut, sondern im Modus der Gefühle operiert, wird regelrecht als unfair betrachtet. Nun, natürlich ist es unfair, wenn rechte Parteien Fakten ignorieren und auf Vorur-

teile setzen. Aber das festzustellen darf nicht der Endpunkt der Analyse sein. Es sollte ihr Anfang sein.

Auch wenn der Vorwurf, dass zu wenig auf Fakten und Daten Rücksicht genommen wird, bestimmt nicht unrichtig ist, bringt er uns nicht weiter. Denn: Das Gefühl, dass rechtspopulistische Parteien ihren WählerInnen vermitteln, ist stärker als die Zahlen und Argumente, die man entgegensetzt (das trifft im Übrigen auf alle Parteien und Weltanschauungen zu).

Und das ist jetzt entscheidend: Es geht gar nicht anders. Gefühle schlagen die Vernunft – und zwar so gut wie immer. Egal, ob man links, rechts, liberal oder konservativ wählt, ob man Tee oder Kaffee trinkt. Unser Gehirn und unser Nervensystem haben sich evolutionär so entwickelt, dass die Vernunft ein Hilfsmittel des Gefühls ist. Die Vernunft ist dazu da, Gefühle punktuell zu korrigieren oder ihnen zu helfen. Aber man kann vom rationalen Denken nicht verlangen, stetig Argumente zu prüfen oder politische Forderungen auf Daten zurückzuführen. So funktioniert unser Gehirn einfach nicht.

Nur wenn die Wähler einer Partei einen Grund haben, sich mit einem Gegenargument auseinanderzusetzen, tun sie das auch. Und dieser Grund liegt fast immer auf der Ebene des Gefühls. Ist man gefühlsmäßig nicht bereit, sich auf ein Argument einzulassen, kann dieses so gut sein, wie es will. Es wird nicht überzeugen.

DIE WAND DER GEFÜHLE DURCHDRINGEN

Wie gehen Menschen damit um, wenn sie mit Argumenten konfrontiert werden, die ihren Überzeugungen entgegenstehen?

Der amerikanische Psychologe Drew Westen argumentiert etwa: „Das Gehirn neigt zu Lösungen, die so gestaltet sind, dass sie nicht nur zu den Informationen, sondern auch zu unseren Wünschen passen. [...] Positive und negative Gefühle haben Einfluss darauf, welche Argumente wir uns bewusst werden, wie viel Zeit wir damit verbringen, über verschiedene Argumente nachzudenken, darauf, ob wir Argumente oder Indizien, die eine emotionale Bedrohung darstellen, akzeptieren oder ob wir nach ‘Lücken’ in der Beweisführung suchen”.⁶

Wenn wir uns gegenüber ehrlich sind, kennen wir dieses Phänomen nur zu gut aus der Alltagserfahrung: Wir lesen einen kontroversen Kommentar, aber im Grunde haben wir bereits vor dem Lesen entschieden, ob wir ihm zustimmen oder nicht. Wir erkennen am Autor oder am Titel bereits, was uns der Text sagen wird. Dann lesen wir den Text, lassen die Argumente aber nicht auf uns wirken – sondern formulieren während des Lesens bereits Gegenargumente. Widerspricht ein Text unserer vorgefassten Meinung, lesen wir ihn schlicht und ergreifend anders. Genauso hören wir einem Politiker einer Partei, die wir nicht mögen, anders zu, als einem aus der eigenen Partei.

Eine ganze Reihe von Experimenten zeigt auf, wie Menschen mit Argumenten und Gegenargumenten umgehen – und kommen stets zu den gleichen Ergebnissen. Argumente, die meine Meinung unterstützen, werden sehr schnell und sehr leicht akzeptiert. Informationen und Argumente hingegen, die meiner Position widersprechen, werden viel kritischer beäugt und schon aus winzigen Gründen abgelehnt. Im ersten Fall fühlen wir uns wohl, im zweiten nicht.

In einer äußerst aufschlussreichen Studie etwa wurden Probanden Texte vorgelegt, die Pro- und Contra-Argumente zur Todesstrafe brachten. Während die Gegner der Todesstrafe die Argumente gegen die Todesstrafe als argumentativ gelungen erlebten und die Argumente für die Todesstrafe als schwach und wenig überzeugend, war es bei den Befürwortern genau umgekehrt. Obwohl sie die gleichen Texte gelesen hatten, waren sie zu vollkommen gegensätzlichen Einschätzungen gelangt. Aber noch viel wichtiger war die Erkenntnis, dass sich beide Seiten in ihren Meinungen bestätigt sahen und diese infolge auch vehementer vertraten. Die differenzierte Argumentation hatte keineswegs die Folge, dass die Leser selbst nun eine differenzierte Position hatten – sondern eine noch undifferenziertere!⁷

Die Argumente waren nicht durch die Wand der Gefühle gedrungen. Die Vernunft hatte sich lediglich jene Argumente herausgenommen, die sie brauchte, um die bisherige Position zu verfestigen. Sie hatte jene Argumente abgeblockt, die negative Gefühle ausgelöst hatten und jene durchgelassen, die positive ausgelöst hatten.

Halten wir das fest, denn diese Erkenntnis kann kaum unterschätzt werden: Die besten Argumente bringen nichts – und zwar wirklich nichts – wenn man es nicht schafft, die Gefühle richtig anzusprechen.

DATEN, FAKTEN, ZAHLEN?

Die Linke verzweifelt in den letzten Jahren regelrecht daran, wie Vorurteile über Statistiken triumphieren. Man kann noch so oft darauf hinweisen, wie die Kriminalitätsrate sinkt oder wie gering die Wahrscheinlichkeit ist, durch einen Terroranschlag zu sterben – das Gefühl der Unsicherheit interessiert sich nicht dafür.

Linke und Liberale lieben Statistiken, Fakten, Zahlen. Das hat auch gute Gründe – sie sprechen in den meisten Fällen tatsächlich für sie. Und für die politische Meinungsbildung von Menschen, die sich überdurchschnittlich für Politik interessieren, sind sie auch wichtig.

Aber: Sie helfen in der politischen Arbeit kaum weiter. Sie überzeugen nicht. Der israelisch-amerikanische Psychologe und Nobelpreisträger Daniel Kahneman hat in seinem Buch „Schnelles Denken, langsames Denken“ anhand unzähliger Studien und Beispiele nachgewiesen, wie schlecht das menschliche Gehirn mit Zahlen oder Wahrscheinlichkeiten umgehen kann.⁸ Denn wir müssen über sie nachdenken, sie in Relationen setzen und sie erklären. Wer dafür nicht bereit ist, wird sich an die Zahlen schon nach wenigen Minuten nicht mehr erinnern. Wenn er sie überhaupt gelesen oder gehört hat.

Der Teil im Gehirn, der für Zahlen, Analysen oder die Kosten-Nutzen-Abwägung zuständig ist, ist der Präfrontale Cortex. Und diesen versucht die politische Linke anzusprechen. Aber genau das ist keine gute Idee – denn genau diese Hirnregion regt sich nur wenig, wenn wir über Dinge nachdenken, die uns wichtig sind.⁹ Wenn wir also jemanden dazu bringen wollen, über unsere Botschaften nachzudenken, müssen wir ihn so ansprechen, dass diese Botschaften für ihn wichtig sind.

DIE MORALISCHEN GRUNDLAGEN DER POLITIK

Kehren wir zu unserem Geschwisterpaar in Paris zurück. Jemand hört die Geschichte und ist vollkommen außer sich. Er findet das Verhalten der beiden empörend und absolut inakzeptabel.

Welche Partei wählt er? Müssten wir eine Wette abschließen, würden wir auf eine rechte oder konservative Partei tippen. Aber was hat mein Gefühlsempfinden angesichts dieser Geschichte mit meinem Wahlverhalten zu tun?

Eine Meinung intuitiv und gefühlsmäßig einzunehmen, ist ein äußerst komplexer Prozess – auch wenn wir diesen Prozess kaum wahrnehmen. Der amerikanische Psychologe und Philosoph Jonathan Haidt hat in einer bahnbrechenden Studie herausgearbeitet, wie diese intuitiven Prozesse ablaufen. Für den politischen Prozess sind es basale, grundlegende Werte auf denen die politische Haltung aufbaut – und diese Werte sind auf vielfache Weise mit Gefühlen verknüpft.

Haidt hat in seinen Untersuchungen herausgearbeitet, dass sich unsere Moral aus sechs grundlegenden Modulen zusammensetzt: Fürsorge, Fairness, Freiheit, Loyalität, Autorität und Reinheit. Wie stark diese Module ausgeprägt sind und welche für den Einzelnen größere Relevanz haben, hat soziale Ursachen. Aber auch erbliche.¹⁰

Wer das Pariser Beispiel gelassen zur Kenntnis nimmt, bei dem ist das Modul der Reinheit nicht stark ausgeprägt. Wer aber empört ist oder Ekel verspürt, bei dem wurde genau dieses Modul angesprochen und es reagiert. Für ihn wird vielleicht die Vorstellung der Ehe beschmutzt.

Die traditionell linken Werte sind Fürsorge, Fairness und Freiheit. Politische Botschaften von Seiten der Linken sprechen zu einem überwiegenden Teil diese Module an. Rechte und konservative Botschaften hingegen sprechen alle sechs Module relativ gleichmäßig an. Und liberale Botschaften zielen im Grunde nur auf eines – auf Freiheit.¹¹

Haidt zeigt in seinen Studien, dass konservative Parteien einen entscheidenden Vorteil haben, weil sie mehr positive Gefühle auslösen. Linke – und noch mehr liberale – Botschaften hingegen würden deutlich weniger positive Gefühle auslösen. Und weil sie auf die Werte-Module keine Rücksicht nehmen, geben sie emotionalem Widerspruch mehr Möglichkeiten. Es sei wie in der Küche: Konservative würden mit allen Geschmäckern kochen, Linke nur mit Süß und Salz. Während also die konservative Küche auf unseren Zungen prickelt, würde die Linke schal und fade sein.

Haidt, der sich als politischer Zentrist begreift, schlägt ausgehend von seinen Studien vor, die Demokratische Partei in den USA solle ins Zentrum rücken. Tatsächlich kann man sich seine Erkenntnisse aber auch zunutze machen, ohne politische Abstriche zu machen.

Eine Reihe von Untersuchungen und Experimenten zeigt, wie sich die Aufnahmebereitschaft von politischen Botschaften verändert, wenn sie anders formuliert werden.¹²

So wurde etwa einer Reihe von konservativen Probanden Texte über Donald Trump gezeigt. Inhaltlich kritisierten die Texte Trump in den gleichen Punkten – aber sobald sich die Kritik darum drehte, dass sich Trump gegenüber den USA illoyal verhalten hatte, stieg die Zustimmung der konservativen Leser zu den Texten deutlich an. Trump war inhaltlich nicht anders kritisiert worden – aber es wurden eben mehrere moralische Module angesprochen. Und zwar auch solche, die Konservativen wichtiger sind, als Linken (Loyalität, Autorität).


STORYTELLING

Wie unaufmerksam man auch immer diesen Text hier liest – an eine Sache wird man sich bestimmt auch noch in ein paar Wochen erinnern. An die Geschwister in Paris. Warum? Weil es eine Geschichte ist.

Geschichten sind der Königsweg, um eine Botschaft zu transportieren – in der PR spricht man von Storytelling. Geschichten, das können in der Politik Erinnerungen oder Traditionen sein, kurze Episoden oder Bilder, Berichte von Betroffenen oder der Lebensweg einer Kandidatin. Und sie können Werte und Inhalte transportieren.

Geschichten haben mehrere immense Vorteile.¹³ Das menschliche Gehirn ist zwar nur schlecht im Umgang mit Zahlen und rationalen Argumenten – aber es ist für Geschichten gemacht. Wer weiß schon genau, wie viel Prozent Jeremy Corbyn bei seiner Wahl zum Labour-Parteivorsitzenden hatte, was seine drei zentralen Forderungen waren? Aber das Bild eines kauzigen Hinterbänklers, der über Jahrzehnte zu seiner Meinung stand, der niemals sein Rückgrat bog – diese Geschichte bleibt.

Wer eine Geschichte hört, der hört einmal zu. Bei rationalen Argumenten oder Zahlen, die unserer Meinung widersprechen, setzt der Mechanismus der Suche sofort ein – bei Geschichten erst viel später. Geschichten haben daneben oft eine emotionale Dimension, binden die Zuhörer ein und sind wenig anstrengend.

Kandidaten, die ihre politische Botschaft in Geschichten und kurze Bilder verpacken, schaffen es, mit ihren Botschaften hängen zu bleiben. Und sie erreichen ein breiteres Publikum. Donald Trump, der ein Meister der Kommunikation ist, hat sich in den Debatten der Vorwahlen sage und schreibe 90 Prozent seiner Sprechzeit der Methode des Storytellings bedient.¹⁴ Es mag einem gefallen oder nicht: Aber in der Politik schlägt das Gefühl immer die Vernunft, die Geschichte immer die Statistik. Linke sollten aufhören, das zu bedauern und daraus lernen: Emotionale, linke Geschichten zu erzählen. 

FABIAN STEINSCHADEN

ist Mitglied der Redaktion der ZUKUNFT.

1. Ich entnehme das Beispiel und die folgenden Überlegungen Jonathan Haidt: *The Righteous Mind*, New York 2012.
2. Hume, David: *Traktat über die menschliche Vernunft*, 2.3.3.
3. Vgl. Antonio Damasio: *Im Anfang war das Gefühl*, München 2017, S. 117-164.
4. Damasio: *Im Anfang war das Gefühl*, S. 181.
5. Drew Westen: *Das politische Gehirn*, S. 58.
6. Westen: *Das politische Gehirn*, S. 103.
7. Vgl. Westen: *Das politische Gehirn*, S. 104f.
8. Daniel Kahneman: *Schnelles Denken, langsames Denken*, München 2012.
9. Vgl. Westen: *Das politische Gehirn*, S. 63-67.
10. Vgl. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4038932/>.
11. Natürlich: Konservative verstehen unter Freiheit etwas anderes als Linke und beide Seiten würden sich mitunter sogar absprechen, dass es sich bei der jeweils anderen Botschaft wirklich um Freiheit handelt. Aber an dieser Stelle sollen keine Inhalte diskutiert werden - wir wollen uns lediglich auf die Wirkung von politischen Botschaften konzentrieren.
12. Vgl. <https://www.vox.com/2016/11/23/13708996/argue-better-science>
13. Vgl. hierzu v.a. Chip Heath/Dan Heath: *Made to Stick*, New York 2010.
14. Vgl. <https://www.quantifiedcommunications.com/blog/storytelling-in-politics>.



GEMMA, GEMMA
DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH
ARCHE NOAH-FRIES (DETAIL), 1918
Oskar Laske
© Wien Museum

Zukunft Populismus?

Populismus gilt vielfach als eine politische Strategie der Rechten, der die Linke eine Strategie der pädagogischen Aufklärung entgegenstellen sollte. **Tamara Ehs** argumentiert, dass diese Ansicht die aktuellen Bedingungen des Populismus sowie die Fehler der Linken leichtfertig unter den Tisch kehrt. Stattdessen plädiert sie für einen linksprogressiven Populismus, der die soziale Frage politisiert und damit auch den Rechtspopulismus zurückzudrängen vermag.

AUFBEGEHREN GEGEN DEN NEOLIBERALISMUS

Von all den Erklärungsansätzen, die die Ursachen des Populismus zu ergründen suchen, ist jener am überzeugendsten, der darin eine Revolte der „Abstiegsgesellschaft“ gegen den Neoliberalismus erkennt.¹ Denn das Aufstiegsversprechen – diese große, integrative Fortschrittserzählung des sozialdemokratisch eingehegten Kapitalismus – hält nicht mehr. Mit ihm ist auch die Zukunftsgewissheit verloren gegangen und hat einem darwinistischen, entsolidarisierenden Wettbewerb Platz gemacht. Die Infrastruktur des nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten klassenbasierten Regimes politischer Repräsentation (also gewerkschaftliche Organisation, industriepolitische Arrangements, Wohlfahrtsstaat, öffentlicher Sektor, Diskurse des „sozialen Ausgleichs“) wurde sukzessive ausgezehrt, was die politische Repräsentation vor allem der subalternen Interessen seit Jahren strukturell blockiert.² Der Ökonom Karl Polanyi hatte bereits in den 1940er Jahren darauf hingewiesen, dass solch hegemoniale Krisen des Kapitalismus entweder progressiv oder autoritär überwunden werden. Zurzeit erleben wir Letzteres: „Den faschistischen Ausweg aus der Sackgasse, in die der liberale Kapitalismus geraten war, könnte man als eine Reform der Marktwirtschaft bezeichnen, erreicht um den Preis der Auslöschung aller demokratischen Institutionen.“³

Der immense Zugewinn des Rechtspopulismus seit der Krise von 2008 stellt ein autoritäres Aufbegehren gegen den Neoliberalismus dar, wohingegen eine progressive Entgegnung vor allem in Zentral- und Osteuropa und ebenso in Österreich weitgehend fehlt. Als Viktor Orbán 2010 gefragt wurde, ob ihm die Regierungsübernahme mitten in einer

globalen Krise keine Sorgen mache, lächelte er bloß: „Nein. Ich mag das Chaos. Weil ich aus diesem Chaos eine neue Ordnung aufbauen kann. Die Ordnung, die ich will.“⁴ Die Rechtspopulist/innen machen sich die komplexen (sozio-)ökonomischen Dynamiken der neoliberalen Wende zunutze, die zu verstehen eine Urteilskompetenz der Bürger/innen und allen voran der Medienvertreter/innen bräuchte, die jedoch nicht nur in Österreich stark unterentwickelt und mit ein paar „Aufklärungskampagnen“ nicht zu kompensieren ist. Sie adressieren die je persönliche Misere von Prekarität und existenzieller Unsicherheit in leicht verständlicher Sprache, indem sie die Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte an (be)greifbareren als an wirtschaftlichen Entwicklungen festmachen: an Feminismus, Multikulturalismus, LGBTQ-Rechten usw.⁵

Die us-amerikanische Politologin Nancy Fraser subsumiert die seit den 1980ern verfestigte Politikphase unter dem Begriff des „progressiven Neoliberalismus“⁶: Zwar gab es auf horizontaler Ebene eine starke liberal-progressive, emanzipatorische Anerkennungs- und Gleichstellungspolitik (zwischen den Geschlechtern, den sexuellen Orientierungen usw.); die vertikalen Strukturen und damit Verteilungsfragen sowie Fragen sozialer Gleichheit wurden jedoch dem Markt, d.h. dem finanzierten Kapitalismus überlassen. Daraus ergibt sich für den Durchschnittsbürger folgendes Bild: Während für Frauen, Homosexuelle und Ausländer/innen mehr Rechte erstritten wurden, muss er selbst fortwährend Reallohnverluste hinnehmen, um den Arbeitsplatz fürchten und darf aufgrund der juristisch sanktionierbaren political correctness nun nicht einmal mehr in der Kaffeepause Blondinenwitze machen.

Der Rechtspopulismus greift diese Unsicherheiten der Abstiegs-gesellschaft auf, in der vieles Veränderung erfahren hat, was man noch vor einer Generation für „normal“ hielt. Allerdings bekämpft er den Neoliberalismus nicht auf der ökonomischen, sondern allein auf der kulturellen, progressiven Ebene: „Genderwahn“, „Homoeh“, Frauenhäuser, Flüchtlinge und „Multi-Kulti“ hätten die Gemeinschaft zerstört. Folglich agiert die aktuelle rechtsautoritäre Bundesregierung kulturell regressiv, fördert Frauenvereine nicht mehr, streicht das Binnen-I beim Bundesheer und unterzeichnet den UN-Migrationspakt nicht, um ein klares Identitätsangebot zu legen, was Österreich ausmacht. Darüber hinaus wird die Verteilungsebene mittels Sozialstaatschauvinismus angesprochen, indem man den Zugang zum Sozialsystem für Ausländer/innen und deren Kinder erschwert. Doch auf der ökonomischen Ebene wird der Neoliberalismus weiter verfestigt.

Die Parteien des linken Spektrums haben all dem bislang wenig entgegensetzen. Sie versuchen zwar, die von den Rechtsautoritären emotionalisierten Massen durch rationalistische Pädagogik darüber aufzuklären, die wie Welt „wirklich“ sei, zeichnen Diagramme über Sozialhilfeempfang und präsentieren Statistiken über gesunkene Gewaltverbrechenszahlen, gewinnen damit aber keine Mehrheiten. Laut den Populismusforschern Tobias Boos und Benjamin Opratko ist ihr Versagen darin begründet, dass Linke die notwendig affektive Dimension von Politik zu wenig anerkennen und Gefühlslagen als archaisch disqualifizieren.⁷ Deshalb könnten sie die Revolte gegen den Neoliberalismus nicht adäquat aufnehmen.

Da die pädagogische Aufklärung allein bislang nicht zielführend war und das politische Koordinatensystem einstweilen weiter verengt und nach rechts abdriftet, muss die Frage gestellt werden, ob eine emotional getriebene Kampagne nicht auch für Linke die richtige Methode sein könnte. Oliver Nachtwey, Autor des Buches Abstiegs-gesellschaft, plädiert für einen linken Populismus, „der die Ängste der Bürger ernst nimmt und sie in einem Kampf für ein solidarisches Gemeinwesen lenkt.“ Linkspopulismus wäre seiner Ansicht nach ein „Glücksfall für die Demokratie.“⁸ Der Unterschied zum Rechtspopulismus läge darin, den Neoliberalismus nicht auf seiner progressiven, sondern auf der wirtschaftlichen Ebene zu bekämpfen und durch die Veränderung der sozioökonomischen Verhältnisse und durch die Stabilisierung demokratischer Partizipationsformen letztlich autoritäre Einstellungsmuster einzuhegen.

WIR GEGEN DIE ANDEREN

„Guten Populismus“ zu diskutieren, ist provokant, zumal wir Populismus aufgrund unserer Erfahrung reflexartig mit dem Rechtspopulismus gleichsetzen, der seit den späten 1980ern in hohen Zuwachsraten fester Bestandteil des politischen Systems geworden ist. Die „Haiderisierung“⁹ Europas schreitet mit Le Pen, Salvini, Orbán und Strache voran. „Populist/in“ ist eine negativ gemeinte Fremdzuschreibung, mit der man andere als gefährliche Demagog/innen und den eigenen Standpunkt als vernunftgeleitet markieren kann.¹⁰ Außerdem hat Jan-Werner Müller mit seinem Essay Was ist Populismus? gelehrt, dass Populismus per definitionem antipluralistisch und somit antidemokratisch sei.¹¹ Nun zu überlegen, ob es auch guten Populismus gäbe, scheint zunächst kontrafaktisch; doch es lohnt sich vielleicht, die Herausforderung anzunehmen.

Dazu ist es notwendig zu vergegenwärtigen, dass Populismus an sich keine kohärente, komplexe Weltanschauung umschreibt, sondern nach Michael Freedens Analyse eine „dünne Ideologie“ darstellt.¹² Populismus ist demnach ideologisch indifferent und mit unterschiedlichsten Weltanschauungen beispielbar. Er ist vielmehr Methode als Inhalt und lehnt sich an andere Kernideologien – wie Nationalismus im Falle des Rechtspopulismus oder Sozialismus im Falle eines Linkspopulismus – an. Über diese Methode kann die politikwissenschaftliche Forschung sagen, dass Populismus „davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist.“¹³ Auf der einen Seite steht das Volk, auf der anderen Seite ihr affektiver Gegner. Die dünne Ideologie des Populismus lautet: „Wir gegen die anderen.“

In der rechtspopulistischen Übersetzung heißt dies: „Wir fleißigen Österreicher gegen die Ausländer, Migranten, Illegalen, Asylanten, Flüchtlinge...“ oder auch als Anti-Establishment-Rhetorik: „Wir gegen die EU, Brüssel etc.“ Das ist jener uns vertraute Populismus. Allerdings gibt es auch eine linkspopulistische Übersetzung, die etwa bei der spanischen Podemos, die sich an die lateinamerikanischen Erfahrungen anlehnt, oder bei Jeremy Corbys Labour Party zu finden ist. Dort ist das Wir pluralistisch, ist kein über Sprache oder Ethnie definiertes homogenes Volk, sondern: die 99%, die Ausgebeuteten, die Indignados, „the many, not the few“. Die Gegnerin ist „la casta“, die korrupte politische Elite, das Establishment oder weniger personifiziert, der Kapitalismus, insbesondere der Neoliberalismus.

Doch auch im linken Spektrum ist manchmal zu beobachten, womit man den Rechtspopulismus assoziiert: ein Zug ins Autoritäre. Es ist daher für die Analyse hilfreich, das Gegensatzpaar rechts/links, wie von der Politologin Pippa Norris vorgeschlagen, um eine Dimension zu ergänzen, nämlich um das Gegensatzpaar autoritär/progressiv.¹⁴ Zwar gibt es zwischen „rechts“ und „autoritär“ sowie zwischen „links“ und „progressiv“ zahlreiche Überschneidungen, aber keine Identität. Wenn wir nach dem guten Populismus fragen, sollten wir nicht allein über einen linken, sondern über einen linksprogressiven Populismus diskutieren.

AUSTERITÄTSPOLITIK UND KLASSENKAMPF

Was bislang nur aus Lateinamerika bekannt war, fasste im Zuge der Krise von 2008 vor allem in südeuropäischen Ländern Platz: linkspopulistische Parteien. Zwar hatten schon zahlreiche soziale Bewegungen und nicht zuletzt die großen globalisierungskritischen Proteste wie in Genua 2001 oder später gegen die G7/G8 die Basis der breiten Kritik am globalen Finanzkapitalismus und damit am Neoliberalismus gelegt, doch erst die Austeritätspolitik der Europäischen Union und die inadäquate Beantwortung der Krise durch die Nationalstaaten kanalisiert die Proteste in neue oder gewandelte politische Parteien. Das Attribut „populistisch“, das lange für die Rechtsautoritären reserviert gewesen war, wird seither auch jenen entgegengehalten, die sich gegen die „Sparpolitik“ der EU und der nationalstaatlichen Regierung stellen. Die spanische Podemos oder die griechische Syriza wären ohne die Krise von 2008 ebenso wenig denkbar wie die Linkswende Labours unter Corbyn.

Die affektiven Gegnerinnen der Linkspopulist/innen sind sowohl die nationalen als auch die supranationalen Eliten, die eine Verelendungspolitik der breiten Bevölkerung zu verantworten haben. Der britische Historiker Perry Anderson greift allen voran die „oligarchic cast of the EU“¹⁵ an, deren Technokratie sie gegen die nationalstaatlichen Parlamente immunisiert habe, weshalb Wahlen keine wesentlichen Politikänderungen mehr nach sich ziehen könnten. Tatsächlich ist jedoch die EU kein fremder Superstaat, sondern vielmehr bedienen sich die nationalstaatlichen Eliten mittels diverser Fiskal- und Wettbewerbspakte inner- und außereuroparechtlich des EU-Regimes, um ihre Macht zu erhalten.¹⁶ Darauf weist Peter Ramsay, Rechtsprofessor an der LSE, hin: „The EU is a political form through which the British government collaborates with other European governments in order to govern Britain. The

other EU member states do the same for their own populations and territories. They collaborate with each other by constitutionalising various restrictions on economic policy, and by making law in intergovernmental forums.”¹⁷

Die Auswirkungen dieser Kooperation zeigten sich besonders deutlich, als Syriza 2015 in Griechenland Regierungsmacht erlangte und mit ihrem annähernd sozialistischen Programm an der Eurogruppe scheiterte. Der deutsche Rechtswissenschaftler Andreas Fisahn hatte davor bereits zu Beginn der Krise gewarnt: „Die konstitutionellen Grundlagen der Europäischen Union schotten diese gegen eine sozialreformatrische Politik ab, lassen eine Umstellung in Richtung einer solidarischen Ökonomie nicht zu, weil diese mit den normativen Vorgaben des europäischen Primärrechts nicht übereinstimmt.“¹⁸ Das von den nationalen Eliten in die EU eingeschriebene neoliberale Regime stabilisiert seine Macht, indem es – in Österreich stets unter parlamentarischer Zustimmung der SPÖ¹⁹ – den Handlungsspielraum linker Politik drastisch eingeschränkt hat. Dies führt schließlich dazu, dass linke Parteien selbst an der Macht kaum einen Kurswechsel vornehmen können und dadurch ihre Wähler/innen enttäuschen, wohingegen rechte und konservative Parteien im Rahmen des Austeritätsregimes agieren und zu Recht als handlungsfähiger wahrgenommen werden. Aus diesem Grund gibt es unter Linkspopulist/innen sowohl Vertreter/innen eines Lexit (left exit) als auch jene, die die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der EU unterstreichen, welche über linke Mehrheiten in den einzelnen Nationalstaaten herbeigeführt werden müsse. Mit solch einem Programm tritt etwa die Bewegung DiEM25 des ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis bei den EU-Parlamentswahlen 2019 an.

Des Gegners EU bedienen sich sowohl ein autoritärer als auch progressiver Populismus, allerdings aus unterschiedlichen Gründen: Während die einen in der Europäischen Union jene Institutionen erkennen wollen, die die Souveränität des nationalen Volkes beschneiden und somit den „wahren Volkswillen“ konterkarieren würden, sehen die anderen in ihr ein supranationales Kooperationsorgan von Unternehmerverbänden, Finanzindustrie und neoliberalen Staatschef/innen und verstehen mit Ramsay, dass die eigentlichen Gegner/innen in der eigenen (wirtschafts-)politischen Elite sitzen. Der progressive Linkspopulismus stellt somit eine andere Antwort auf den Neoliberalismus dar, indem er die ökonomische Sphäre angreift und sich sozialreformatrisch gegen die Rede von der

Alternativlosigkeit und vom Sachzwang wendet. Er nimmt den Klassenkampf auf, der seit der einseitigen Aufkündigung des korporatistischen Klassenkompromisses von oben längst geführt wird, und rekurriert auf das alte linke Programm einer „sozialen Demokratie mit aktiver Massenbeteiligung“ in aktualisierter Abgrenzung von „technokratischer Austeritätspolitik“, wie Ingar Solty und Alban Werner den Linkspopulismus definieren.²⁰

THEORIE UND PRAXIS DES LINKSPOPULISMUS

Von den bislang erwähnten linkspopulistischen Parteien weist Podemos die stärkste theoretische Fundierung auf. Der Politikwissenschaftler Íñigo Errejón nimmt als Podemos-Wahlkampfleiter direkte Anleihen an den Erkenntnissen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, die seit Jahrzehnten darauf hinweisen, dass Politik vom Konflikt lebt, der jedoch zuletzt einzig vom autoritären Populismus hochgehalten worden sei.²¹ Gemäß ihrer Schlussfolgerung müssen auch Linke wieder viel mehr auf ein antagonistisches Gegenüber setzen, um erfolgreich zu sein. In ihrem jüngsten Buch, das sie als politische Intervention versteht, plädiert Mouffe für einen linken Populismus, der die Oligarchie zur Gegnerin hat und dadurch die Demokratie wieder herstellt. Dazu bedürfe es eines Diskurses gegen das Establishment und „der Knüpfung einer Äquivalenzkette zwischen den Forderungen der Arbeiter, der Einwanderer und der vom Abstieg bedrohten Mittelschicht sowie anderer demokratischer Forderungen, etwa derer der LGBT-Gemeinde. Das Ziel einer solchen Kette ist die Errichtung einer neuen Hegemonie, die die Radikalisierung der Demokratie ermöglichen wird.“²² Es gehe demnach für die Linke darum, die Gesellschaft so zu organisieren, dass das Gemeinsame im Mittelpunkt steht, also eine Antwort auf die Entsolidarisierung des Neoliberalismus zu geben, der nicht ein nationales sondern ein pluralistisches Wir zugrunde liegt. Der Weg dorthin führe auch über die emotionale Bindung der Bevölkerung an progressive politische Inhalte, weil der Kampf für ein solidarisches Gemeinwesen nicht ohne affektive Energie gelinge.

Doch gerade die Linke hat die Emotion lange vernachlässigt, was mit ein Grund ist, warum die Rechtsautoritären zurzeit klar im Vorteil sind. Sie bedienen die Ängste der Abstiegsgesellschaft und lenken sie geschickt auf Migrationsfragen. Wie Beispiele aus Spanien, Portugal, Griechenland, dem UK oder auch den USA zeigen, können diese berechtigten Ängste auch anders beantwortet werden: In Spanien er-

obernten Linke in großen Städten Bürgermeisterämter, indem sie wie z.B. angeführt von der Aktivistin Ada Colau in Barcelona gemeinsam gegen Zwangsräumungen vorgingen und eine klare, solidarische Haltung gegen die von der lokalen Elite unterstützten Immobilienspekulant/innen einnahmen. Colau verkörpert zudem die moralisch unzweifelhafte und authentische Anführerin, wie sie linkspopulistisch agierende Parteien benötigen. Dies trifft ebenso auf Jeremy Corbyn und Bernie Sanders zu. Ihre über Jahrzehnte erhaltene Integrität und Kompromisslosigkeit insbesondere in sozialen Fragen begeistert heute Jugendliche und junge Erwachsene für die Politik.

Bei den US-Zwischenwahlen im November 2018 konnten Vertreter/innen der Democratic Socialists of America (DSA) und Bernicrats – wie jene jungen Politiker/innen genannt werden, die im Zuge von Sanders Präsidentschaftskampagne 2016 tätig geworden waren – Sitze gewinnen. Allen voran die Tochter puertoricanischer Einwanderer/innen Alexandria Ocasio-Cortez, die offen gegen Washington und das systemische Versagen der Eliten vorgeht, gilt als authentische Vertreterin der Sache. Und mit der Aktivistin Julia Salazar, die gegen die Immobilienlobby für ein soziales Mietrecht kämpft, zog die erste offen sozialistische Politikerin seit fast einem Jahrhundert in den Senat des Staates New York ein. Ocasio-Cortez und Salazar sind Hoffnungsträgerinnen eines Amerikas, das nicht nur in der Anerkennungspolitik progressiv agiert, sondern auch in Verteilungsfragen. Wie Ada Colau gelten sie als „eine von uns“ und stehen für die notwendige politische Radikalisierung rund um Klassenfragen.

Im Mittelpunkt des Populismus steht stets die Massenbeteiligung. Doch während der autoritäre Populismus vom Volk bloß ein „imperatives Mandat“ zu erhalten sucht und es ihm nicht darum geht, „einen offenen Diskussionsprozess unter den Wählern“ auszulösen, sondern die Bürger/innen sollen „bitte schön bestätigen, was die Populisten immer bereits als den wahren Volkswillen erkannt haben“²³, setzt der progressive Populismus auf bestehende soziale Bewegungen und engagiert sich für die partizipative Demokratie. Sowohl Podemos, als auch Labours Momentum ebenso wie die Bernicrats setzen auf Bürgerräte, Bürgerparlamente und Crowdsourcing. Das Ziel ist, die Partei in den sozialen Bewegungen zu verankern respektive dort verankert zu halten. Syriza hätte ohne ihre Bindung in den sozialen Bewegungen nicht zwei Mal hauptsächlich auf Kosten der sozialdemokratischen PASOK Wahlsiege errungen.


Inhaltlich geht es den progressiven Populist/innen um die Verbesserung der sozialen Verhältnisse, die sie durch die Rückeroberung der Ökonomie in die Sphäre des Politischen erreichen wollen. Sie verbinden Anerkennungs- mit Umverteilungspolitik und kämpfen gegen die fortschreitende soziale Ungleichheit. Ihr affektiver Gegner findet sich in den wirtschaftlichen und politischen Eliten („la casta“, „the few“, die Oligarch/innen) der jeweiligen politischen Einheiten, kann also ebenso der/die korrupte Bürgermeister/in sein wie die nationalstaatliche Regierung oder die Eurogruppe und der IWF, die ein neoliberales Regime stützen, das auf der Ausbeutung und Verelendung der Massen („wir“) beruht. Letztlich geht es um die Überwindung des finanzierten Kapitalismus und seine Kommodifizierung aller Lebensbereiche.

Die erste revolutionäre Tat dabei ist, „das laut zu sagen, was ist“, wie schon Ferdinand Lassalle und Rosa Luxemburg wussten. Den Angriff auf den affektiven Gegner vermitteln progressive Populist/innen in einer weitem verständlichen Sprache, indem sie etwa darlegen, dass die „Zerstörer unseres Sozialsystems nicht in Schlauchbooten sondern mit Privatjets und Luxusyachten reisen.“²⁴ Zeitgleich sind emotional getriebene Kampagnen zu lancieren, die von einer besseren Zukunft erzählen. Die verloren gegangene Zukunftsgewissheit ist nämlich laut dem Soziologen Christian Fleck mitverantwortlich für den Niedergang der Sozialdemokratie (und der Linken generell).²⁵ Zwar singt beispielsweise die SPD am Ende jedes Parteitags noch immer „Mit uns zieht die neue Zeit“ und das SPÖ-Diskussionsorgan, das Sie in Händen halten, führt die Zukunft im Namen, doch spürt die Masse der Bevölkerung diese Zukunft nicht mehr beziehungsweise assoziiert sie nicht mit etwas Freudvollem. Vielmehr begegnet die Abstiegs-gesellschaft tagtäglich dem Ende der Zukunft: angefangen von den Wetternachrichten (klimawandelindizierte Umweltkatastrophen), über die politischen Weltanschauungen („Untergang des Abendlandes“, „Flüchtlingswelle“) bis hin zu den persönlichen Biographien (Gig-Economy, Prekarität, Arbeitslosigkeit, Altersarmut) ist alles dem Untergang geweiht und Abschottung wird als einziger Ausweg gesehen. Progressive Populist/innen vermitteln hingegen eine konkrete Utopie und wecken dadurch Leidenschaften für die Zukunft; mit Hannah Arendt gesprochen „werfen sie neue Anfänge in die Welt.“²⁶

CONCLUSIO

Angesichts des immer weiter und tiefer greifenden Rechtsautoritarismus benötigt die Linke – und hierzu will manch

eine die SPÖ immer noch zählen – eine mutige Zukunftsperspektive und progressive Inhalte, für die sie auch mittels emotionaler Bindung in der Bevölkerung um Mehrheiten wirbt. Hierfür braucht es eine neue Vision von Klassenkampf und einer sozialistischen Gesellschaft, die sich gemeinsam gegen die Ausbeutungs- und Verelendungsstrukturen wendet. Angesichts der ökologischen Grenzen kann diese Politik nicht abermals auf dem wirtschaftlichen Wachstumsparadigma und den alten industriepolitischen Arrangements beruhen. Vielmehr muss die Linke eine Postwachstumsstrategie verfolgen und Unternehmerverbände samt Finanzindustrie herausfordern. Verkörpert von moralisch unzweifelhaften und authentischen Anführer/innen muss sie jenen Menschen wieder Zukunftsgewissheit vermitteln, die von einem politischen System, das sie allein gelassen hat, enttäuscht sind, und die daher zu den Rechtsautoritären übergelaufen sind, die die Gefühlslagen von „Ungerechtigkeit“ und „fehlender Fairness“ verstanden haben und in verständlicher Sprache adressieren. Im Gegensatz zu den autoritären Populist/innen, die das „Wir“ national-rassistisch definieren und den Gegner in Flüchtlingen und Ausländer/innen festmachen, müssen progressive Populist/innen das „Wir“ als Multitude, als politische Klasse der many definieren und den Gegner in der wirtschaftspolitischen Elite der few erkennen.

Was der SPÖ heute in Bezug auf Erbschafts- und Vermögenssteuern so fremd erscheint, war einst das Erfolgsrezept des Roten Wien. Etwa die Breitner-Steuern und ihre Begleitkampagnen bedeuteten nicht weniger als „Die Reichen sollen zahlen!“, um das sozialistische Aufbauwerk zu finanzieren, und waren höchst populistisch. Jeremy Corbys am Labour-Parteitag im September 2018 vorgestellter Plan *Rebuild Britain. For the many, not the few*²⁷ liest sich wie ein fürs 21. Jahrhundert aktualisiertes Playbook Hugo Breitners und spricht rhetorisch sowie in Bild und Ton die Gefühlslage an. Progressiver Linkspopulismus bedeutet nämlich nicht weniger, als den längst angezettelten Klassenkampf (wieder) aufzunehmen, die Ökonomie der politischen Herrschaft der Vielen zu unterwerfen und emotional von einer Zukunft zu erzählen, die für alle ein gutes Leben bereithält. 

Die Politikwissenschaftlerin **TAMARA EHS** ist Vorsitzende der IG Demokratie und Lehrbeauftragte an der Universität Wien. Sie forscht zu den sozialen Fragen von Demokratie, Parlamentarismus und Verfassung.

1. Vgl. Oliver Nachtwey, *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Frankfurt am Main 2016.
2. Vgl. Alexander Gallas / Jörg Nowak, *Die Krise der Demokratien: Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, Kulturalisierung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2/2011, S. 139-153.
3. Karl Polanyi, *The Great Transformation*, New York 1944.
4. Vgl. Drew Hinshaw / Marcus Walker, *In Orbán's Hungary, a glimpse of Europe's demise*, in: *The Wall Street Journal*, 9.8.2018 (zit. nach Serge Halimi / Pierre Rimbert, *Populistenmacher*, in: *Le Monde diplomatique*, September 2018, S. 1 u. 8-9).
5. Vgl. Helmut Däubler, *Die Schuld der liberalen Eliten*, in: *taz*, 14.2.2017.
6. Vgl. Nancy Fraser, *Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017, S. 71-76.
7. Vgl. Tobias Boos / Benjamin Opratko, *Die populistische Herausforderung: Pure Vernunft darf niemals siegen*, in: *spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 4/2016, S. 30-37, hier S. 35.
8. Oliver Nachtwey, *Die europäische Abstiegs-gesellschaft*, in: *Die Zeit*, 30.05.2016.
9. Vgl. Ruth Wodak, *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*, London 2015.
10. Vgl. Boos / Opratko, *Die populistische Herausforderung*.
11. Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016.
12. Vgl. Michael Freeden, *Ideologies and Political Theory*, Oxford 1998.
13. Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition*, 39(4)/2004, S. 541-563, hier S. 543.
14. Vgl. Pippa Norris / Ronald Inglehart, *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, New York 2019.
15. Perry Anderson, *Why the system will still win*, in: *Le Monde diplomatique*, März 2017.
16. Vgl. Lukas Oberndorfer, *Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus?* in: *juridikum* 1/2013, S. 76-86.
17. Peter Ramsay, *How EU membership undermines the left*, in: *Europblog*, 20.10.2018, <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2018/10/20/how-eu-membership-undermines-the-left/>
18. Andreas Fisahn, *Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates*, Köln 2008.
19. *Mit Ausnahme der NRAbg Sonja Ablinger, die 2012 als Einzige gegen den Fiskalpakt stimmte.*
20. Ingar Solty / Alban Werner, *Der indiskrete Charme des Linkspopulismus*, in: *Das Argument* 316/2016, S. 273-285, hier S. 283.
21. Vgl. Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London 2005; Ernesto Laclau / Chantal Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy*, London 1985.
22. Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, Berlin 2018, S. 35.
23. Müller, *Was ist Populismus?* S. 45.
24. *So eine rezente Aussendung der österreichischen Linkspartei Der Wandel.*
25. Vgl. Christian Fleck, *Die vierte Kränkung der Menschheit und die Folgen für die Sozialdemokratie*, in: Nikolaus Dimmel / Tom Schmid (Hg.) *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*, Wien 2018, S. 83-88.
26. Vgl. Tamara Ehs, *(In) Alternativen denken*, in: *Blattlinie* 1/2017, S. 75-82.
27. <https://labour.org.uk/page/rebuilding-britain/>



GEMMA, GEMMA
DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH
BMW-ZENTRALE IN MÜNCHEN, 1973
Karl Schwanzer
Foto: Sigrid Neubert
© Wien Museum / Karl Schwanzer Archiv

GEMMA, GEMMA DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH

WIEN MUSEUM



Die Abgehobenen

Seit Wochen erregt der Aufstand der französischen „Gelbwesten“ gegen die Politik von Präsident Macron weltweites Aufsehen. Der lange als populärer Wunderknabe Gefeierte, sah sich schlagartig als moderner „Ludwig XVI.“ verspottet und mit einem unkontrollierbaren Aufbegehren konfrontiert. Was als plötzlicher Stimmungsumschwung erscheint, ist der Ausbruch einer lange bestehenden Unzufriedenheit – und ein Lehrbeispiel dafür, was der deutsche Soziologe Michael Hartmann damit meint, wenn er den Eliten vorwirft, mit ihrer Abgehobenheit die Demokratie zu gefährden. Von **Ludwig Dvořák**.

„Die Abgehobenen“ nennt der deutsche Soziologe Michael Hartmann die Eliten in Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und Politik. Eliten, das sind für ihn jene, die erhebliche Macht ausüben. Dazu zählen SpitzenpolitikerInnen ebenso wie die Führer großer Wirtschaftsunternehmen, HöchststrichterInnen oder MedienmanagerInnen. Elite, das sei der FIFA-Präsident Gianni Infantino, nicht aber der Weltfußballer Lionel Messi. Denn Geld alleine, so Hartmann, verleiht noch keine Macht. Es erfordert Kapital und/oder Organisationsmacht, um Teil der Elite zu werden. Und diese Elite, so konstatiert der deutsche Elitenforscher, hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verengt: Nur ein Achtel der Elitenangehörigen stammt aus der ArbeiterInnenschaft, ein knappes Viertel aus der Mittelschicht. Fast zwei Drittel der Eliten Deutschlands stammen hingegen aus dem Bürger- und Großbürgertum. Nach wie vor gilt zwar: Je mehr Positionen durch Wahlen besetzt werden, desto ausgeglichener ist das Verhältnis; So ist die Herkunft politischer Eliten und von ManagerInnen unter öffentlichem Einfluss stehender Unternehmen deutlich egalitärer, als jene in Privatkonzernen, Medien, Justiz und Verwaltung. Doch die Eliten nähern sich an: Davon, dass rund 2/3 führender BundespolitikerInnen aus dem breiten Volk kommen, wie es in den Nachkriegsjahrzehnten üblich war, davon könne keine Rede mehr sein.

Diese Verengung der Eliten hat laut Hartmann konkrete Auswirkungen: Die Eliten seien den realen Lebenswelten der breiten Bevölkerung weitgehend entzogen – und so sieht auch ihre Politik aus. Sie machen die Armen verächtlich, interessieren sich de facto nicht für die Mittelschicht und betreiben Politik für ihresgleichen: Die Eliten. In Großbritannien,

den USA oder Frankreich tragen Eliteschulen und -universitäten noch weiter zur Abschottung der Eliten von der Normalbevölkerung bei. Frankreich zeichnet der Elitenforscher dabei als besonders herausragendes Beispiel einer weitgehenden Entkopplung der herrschenden Klasse von der breiten Masse: Ein beruflicher Aufstieg von der Elitehochschule ENA über die Spitzenverwaltung und die Politik bis zu den führenden Positionen in der Wirtschaft und zurück – das ist in Frankreich bei weitem üblicher, als in Deutschland, wo dieser Austausch zwischen Regierungssämlern und Hochfinanz erst schrittweise „normalisiert“ werde.

DER FALL MACRON

Monate bevor das Phänomen der Gelbwesten, der Gilets Jaunes, auch nur zu erahnen gewesen wäre, führte Hartmann den französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, als Paradebeispiel dieser Entkopplung der Eliten von der Bevölkerung an. Als ENA-Absolvent in die Spitzenverwaltung gekommen, wechselte er als Manager in eine Investmentbank, bevor er in den engsten Machtzirkel von François Hollande und zum Wirtschaftsminister aufrückte. 2017 nützte er die Schwäche seines Mentors und dessen früheren Protegés Manuel Valls, um an der Spitze einer neuen Zentrumsparterie, La République en Marche (LREM), erfolgreich selbst nach der Präsidentschaft und der Macht im Staat zu greifen. Macron inszenierte sich als liberaler Gegenpol zur rechtspopulistischen Politik von Marine Le Pen. Die von Macron mitverursachte Implosion des Parti Socialiste ermöglichte ihm ebenso wie das Versinken des konservativen Favoriten François Fillon in einem Korruptionssumpf den Einzug in die Stichwahl und den Sieg über Le

Pen. Was von seinen Apologeten als erfolgreiches Polit-Gegenmodell zum europaweiten Rechtsruck glorifiziert wurde, entpuppte sich bei näherer Betrachtung als ein innovatives Eliten-Projekt, den herrschenden Zuständen einen Anstrich des Neuen zu geben und das etablierte Parteiensystem neu zu ordnen.

Allen schönen Worten von der Erneuerung Frankreichs und Europas zum Trotz, zeigte sich sehr rasch, dass Macron in seiner Einstellung und seinem Programm viele Punkte mit seinen Standes- und Berufskollegen teilt: Während er das Arbeitsrecht gegen den Widerstand der Gewerkschaften neu ordnete und sich dafür feiern ließ, dem „Widerstand der Straße“ zu trotzen, verspottete er bei einem Betriebsbesuch im zentralfranzösischen Égletons demonstrierende Arbeiter eines von der Schließung bedrohten Werks, sie sollten sich lieber eine neue Arbeit suchen, statt zu demonstrieren.¹ Während er Verbrauchssteuern an hob, um die europäischen Budgetziele zu erreichen, schaffte er die Steuer auf Finanzvermögen ab, wovon pikanterweise ein Drittel seines eigenen Kabinetts persönlich profitierte. Und mit seiner Terrorgesetzgebung ließ der Präsident der Regierung noch weitgehendere Befugnisse zur Außerkraftsetzung bürgerlicher Freiheiten zukommen als bisher.

DIE BEWEGUNG DER „GILETS JAUNES“

Hatte der Präsident bereits in seinem ersten Jahr im Amt mit einem erheblichen Popularitätsverlust zu kämpfen, trug die Prügel-Affäre um den von ihm protegierten Sicherheitschefs Alexandre Benalla dazu bei, dass auch medial das strahlende Medienbild erste Risse bekam (ZUKUNFT 06-07/2018). Macron musste bei der von ihm geplanten Verfassungsreform zurückrudern. Wenige Wochen später trat einer seiner Unterstützer der ersten Stunde, Innenminister Collomb, von seinem Amt zurück, ohne dabei auf den vom Präsidenten gewünschten Verbleib Rücksicht zu nehmen. Und auch weitere Rücktritte aus dem Kabinett von Premierminister Edouard Philippe zeigten erste Ermüdungserscheinungen des Strahlmann-Images sichtbar.

Die Entstehung der Gelbwesten-Bewegung kam Ende Oktober 2018 dennoch überraschend. Auslöser waren Regierungspläne zur Erhöhung der Benzinpreise. Ausgehend von der französischen Provinz formierte sich der Protest zunächst über die sozialen Medien. Verkehrsblockaden in gelben Warnwesten wurden sehr schnell zum Markenzeichen einer

immer weiter wachsenden Bewegung, die am 17.11. erstmals in ganz Frankreich zum Protest aufrief. Neben der als „Öko-Steuer“ vermarkteten Steuererhöhung wurden ganz allgemein die steigenden Lebenshaltungskosten und die zurückbleibenden Einkommen Thema der Gelbwesten. Im Zuge der nunmehr wöchentlich am Samstag abgehaltenen Protestkundgebungen kam es teilweise zu Straßenschlachten mit der Polizei, wurden Geschäfte zerstört und angezündet.

KEINE POLITISCHE ANBINDUNG

Bemerkenswert an den massenhaften Protesten war und ist einerseits, die breite Unterstützung der Proteste in der Öffentlichkeit: Wochenlang gaben rund zwei Drittel der Franzosen an, die Proteste zu unterstützen, auch nachdem es zu massiven Ausschreitungen in Paris und anderen Städten gekommen war.²

Außergewöhnlich erscheint aber auch das Fehlen jeder hervorstechenden politischen und organisatorischen Anbindung der Bewegung sowie das Fehlen zentraler Führungspersonen und -strukturen. Das macht auch die politische Einordnung der Bewegung schwer. Linksliberale Anhänger Macrons, wie der frühere Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit, rückten aus, um den Gelbwesten eine rechtsautoritäre Orientierung zu unterstellen: Die Bewegung wolle die parlamentarische Demokratie beschränken und einen General an die Macht bringen.³ Aber auch die Führung der linksgerichteten Gewerkschaft CGT war ob rassistischer Verschwörungstheorien, die in Gelbwesten-Foren kursierten, skeptisch: Der berechnete Protest dürfe nicht rassistisch und homophob vereinnahmt werden, zeigte sich CGT-Generalsekretär Philippe Martinez auf Distanz.⁴ Volle Unterstützung für die Gelbwesten zeigte hingegen La France Insoumise, die Bewegung des links-sozialdemokratischen Jean-Luc Mélenchon. Vorsichtiger positionierte sich Marine Le Pen, die den aufbrechenden Unmut politisch zu nutzen versuchte, ohne sich eindeutig auf Seiten der Protestbewegung zu positionieren.⁵

SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG

Erste soziologische Untersuchungsergebnisse geben derweil erste Einblicke jenseits der politischen Projektions- und Deutungsversuche.⁷⁰ ForscherInnen führten zwischen 24.11. und 01.12. Feldstudien vor Ort durch und sprachen anhand eines Fragebogens mit den ProtestteilnehmerInnen. Die Proteste werden stark von Angestellten getragen (33% der Befrag-

ten), aber auch viele ArbeiterInnen (15%) nehmen daran teil. Das Einkommen der Befragten liegt 30% unter dem Medianeinkommen, besonders stark vertreten ist die Altersgruppe der 35-49-Jährigen. Besonders bemerkenswert ist die politische Selbstzuordnung: Ein Drittel verortet sich „weder rechts noch links“. Von den sich Deklarierenden positionieren sich rund 60% als links oder linksradikal, 5% als rechtsextrem, 12% als rechts.⁶

DER MOB AUF DEN STRASSEN?

Obwohl es unbestreitbar Versuche rechtsextremer Gruppen gab, in den Gelbwesten-Aktionen einzugreifen, scheint das Abtun der Bewegung als marodierender rechter Mob eine politische Fehleinschätzung zu sein, die auch die Vorurteile der politischen und medialen Eliten gegenüber „dem Volk“ widerzuspiegeln scheint. Hartmann weist darauf hin, dass die „heute in politischen Diskussionen übliche Aufteilung in eine kosmopolitische, liberale, aufgeklärte obere Mittelschicht, Oberschicht und Elite auf der einen und eine nationalistische, homophobe, rassistische und fremdenfeindliche untere Mittelschicht und Unterschicht auf der anderen Seite über die Wirklichkeit“ hinwegtäusche. Kosmopolitisch und liberal sind die Eliten in erster Linie dann, wenn es um Marktfreiheit geht. Bei kontroversiellen Themen wie Migration ist es mit dieser Eindeutigkeit schnell vorbei. Und selbst bei Themen wie dem Schwangerschaftsabbruch zeigte die erste Elitenstudie 1968 höhere Zustimmungswerte zu der (damals noch verbotenen!) Abtreibung als heute. Auf der anderen Seite weist Hartmann, anknüpfend auch an Didier Eribons Buch „Rückkehr nach Reims“, darauf hin, dass Rassismus auch in der Linken der 1960er-Jahre durchaus salonfähig gewesen sei, die Klassenfrage aber die politische Aufstellung dominiert habe. Die Rechtsparteien profitierten heute v.a. davon, dass die abgehobene Machteliten die soziale Verteilungsfrage zu Ungunsten der großen Mehrheit gestalten würden und überwiegend rechte Parteien eine Kanalisation des Protestes ermöglichen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegung ist das vor-schnelle Abkanzeln der spontanen Gelbwesten-Protestbewegung aus linker Perspektive besonders unsinnig. Dass sich eine Bewegung dieser Größe, die klar von den arbeitenden Menschen dominiert wird, ohne Anbindung an traditionelle Parteien und Organisationen entwickelt, zeigt v.a. die völlig verlorene Repräsentationskraft dieser Strukturen auf. Dass die Bewegung trotzdem wochenlang fortgeführt und in der Öffentlichkeit breit unterstützt wurde, weist zugleich das enorme Ausmaß der Unzufriedenheit in Frankreich aus, das wohl in vielen Teilen Europas Resonanz finden würde.

KONVERGENZ DER PROTESTE?

Dass verloren gegangene Vertrauen spiegelt sich auch in der überwiegenden Ablehnung gewerkschaftlicher Organisation unter den befragten Gelbwesten wider: Zwei Drittel standen den Gewerkschaften ablehnend gegenüber. Diese Haltung zu überwinden ist zweifellos notwendig, es ist aber zu bezweifeln, ob die passiv-ablehnende Haltung von Gewerkschaften wie der CGT dazu geeignet ist. Widerwillig und spät rief der CGT zu einer Demonstration am 01.12.⁷ und einem Aktionstag am 14.12. auf, ohne die für 15.12. geplanten Samstags-Proteste der „Gelbwesten“ zu unterstützen. Die Gewerkschaften wollen offenbar abwarten, ob die Proteste nicht doch noch abflauen, statt sie selbst in die Hand zu nehmen.

EIN SIEG IM SCHATTEN DER NIEDERLAGE?


Dabei dürfte für die Gewerkschaften besonders bitter sein, dass den Gelbwesten gelungen ist, woran die Gewerkschaften bereits zweimal gescheitert sind: Sowohl die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die Verschlechterung des Arbeitsrechts, als auch gegen die Umstrukturierung der Staatsbahn SNCF hat Macron einfach ausgesessen. Dem wütenden Protest der Gelbwesten, mit ihren Straßen- und Fabrikblockaden, mit ihren lautstarken Kundgebungen, den Schulbesetzungen und Straßenschlachten musste sich der Präsident

(teilweise) beugen. Nachdem sich gezeigt hatte, dass auch die rechtsstaatlich mehr als bedenklichen Massenverhaftungen von Jugendlichen und KundgebungsteilnehmerInnen sowie das harte Vorgehen der Polizei in den tätlichen Zusammenstößen die Bewegung in der öffentlichen Wahrnehmung nicht desavouiert, ruderte Macron zunächst bei der Benzinststeuer zurück. Als auch das nicht den gewünschten Erfolg brachte, kündigte er in der zweiten Dezember-Woche Reformen an, die von einer Erhöhung des Mindestlohns SMIC bis zu Abgabenerleichterungen auf Arbeit reichen (auch wenn die geplante steuerliche Befreiung von Überstunden sozialpolitisch durchaus kritisch zu bewerten ist).

Frankreich wird 2019 die 3%-Grenze in seinem Haushaltsdefizit aufgrund dieser Maßnahmen aller Voraussicht nach nicht einhalten. Und hatte die EU-Kommission im Fall Italiens noch alle möglichen Sanktionen für die Verletzung der Budgetziele angedroht, ließ Finanz-Kommissar Moscovici rasch wissen, dass diese Regelüberschreitung toleriert werden könnte. Zurecht mutmaßen französische Medien, dass die Gelbwesten-Bewegung bei den anstehenden Europawahlen eine (zumindest rhetorische) Änderung des wirtschaftspolitischen Akzents in der Europapolitik erzwingen wird.

Klar ist, dass die Gelbwesten-Bewegung früher oder später ihren Schwung verlieren wird, wenn es nicht gelingt, den in ihr sichtbar gewordenen Unmut zielgerichtet in ein politisches Programm umzumünzen, das den Anspruch auf grundlegende politische und soziale Veränderung stellen kann. Es ist nicht zu erwarten, dass solche Bewegungen nach den gleichen Mustern unter völlig anderen nationalen Gegebenheiten entstehen werden. Die Gelbwestenbewegung zeigt aber, dass sich aufgrund der offensichtlicher werdenden sozialen Widersprüche in unserer Gesellschaft, sehr schnell soziale Bewegungen von ungeahnter Kraft formieren können. Wenn die Linke nicht weiter abseits stehend zusehen will, wie abgehobene Eliten unsere Gesellschaft und unsere Demokratie zerstören, muss sie lernen, mit diesen Bewegungen umzugehen.

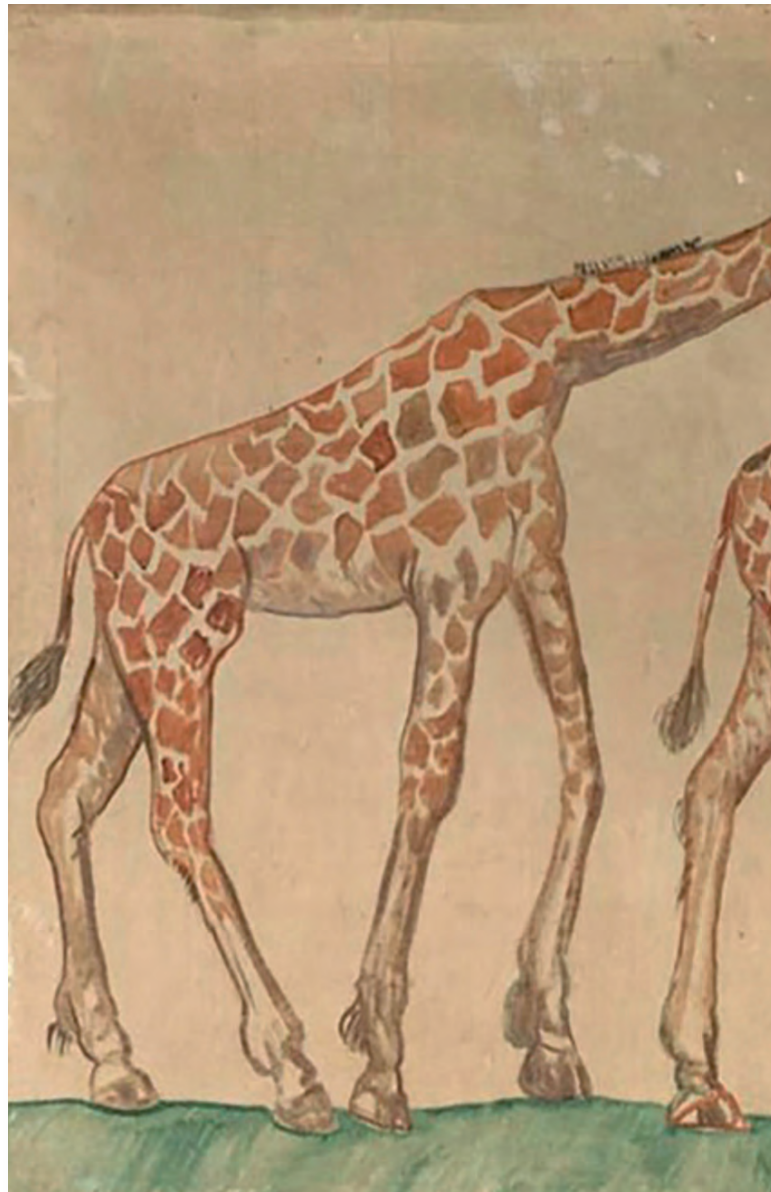
Sie muss lernen, selbst ein Ort des Protests zu sein, sie muss vom System wieder zur Alternative werden. Die Sozialdemokratie muss lernen, mit Ambivalenzen umzugehen. Nicht indem sie rassistischen und sozial-darwinistischen Anwendungen nachgibt, sondern indem sie sich ihrer Tradition besinnt, in gesellschaftlichen Konflikten das verbindende soziale Band von Menschen unterschiedlichster Herkunft, der rassistischen Spaltung zum Wohle des Profits gegenüberzustellen.

Die Gelbwesten-Bewegung ist – bei allen Vorbehalten gegenüber einzelnen Akteuren, Aktionsformen und Positionen – ein spannendes Forschungsfeld, um für die Herausforderungen unserer Zeit zu lernen: Die Sozialdemokratie muss selbst Bewegung sein, um Bewegung in die herrschenden Zustände zu bringen. Wie schnell der Shooting Star Macron zum Objekt des Volkszorns geworden ist, zeigt aber vor allem eines: „Die Abgehobenen“ gehen einer unsicheren Zukunft entgegen – und werden in ihrem Verhalten umso rabiater werden. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <https://www.ouest-france.fr/politique/emmanuel-macron/foutre-le-bordel-reactions-outrees-apres-la-sortie-de-macron-5291574>
2. <https://www.opinion-way.com/fr/component/edocman/opinion-way-pour-ici-le-barometre-ici-de-l-action-politique-decembre-2018/viewdocument.html?Itemid=0>
3. https://www.welt.de/politik/ausland/article185228606/Gelbwesten-in-Frankreich-Jetzt-bezahlt-Macron-dafuer.html?wtrid=socialmedia.socialflow....socialflow_facebook&fbclid=IwAR2j4iOTCm4lb8gA9LGniwY3_rsjepM1v5ofSfLVCJt7-Olwj_oCrRMmfPs
4. www.lefigaro.fr/conjoncture/2018/11/20/20002-20181120ARTFIG00295-face-aux-gilets-jaunes-la-cgt-appelle-a-manifester-le-1er-decembre.php
5. https://www.lexpress.fr/actualite/politique/fn/gilets-jaunes-la-strategie-mezza-voce-de-marine-le-pen_2052156.html
6. <https://www.franceinter.fr/societe/gilets-jaunes-un-mouvement-populaire-une-revolte-singuliere>
7. www.lefigaro.fr/conjoncture/2018/11/20/20002-20181120ARTFIG00295-face-aux-gilets-jaunes-la-cgt-appelle-a-manifester-le-1er-decembre.php



GEMMA, GEMMA
DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH
ARCHE NOAH-FRIES (DETAIL), 1918
Oskar Laske
© Wien Museum

GEMMA, GEMMA DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH

WIEN MUSEUM



Umkämpfte Technologien

Digitalisierung gilt als eines der großen Themen unserer Zeit und wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten großen Einfluss auf die wirtschaftliche Struktur von Industrieländern, Arbeitsprozesse und Arbeitsverhältnisse haben. Worin diese bestehen werden, löst aktuell heftige Kontroversen aus. Der BEIGEWUM hat soeben einen vielversprechenden Sammelband veröffentlicht, der den bisherigen Diskussionsstand darstellt. **Tobias Orischnig** stellt in diesem Text das Buch und dessen einzelnen Beiträge vor.

Der technologische Wandel und seine Auswirkungen auf die Arbeitswelt (Stichworte „Digitalisierung“ und „Arbeit 4.0“) bestimmen gegenwärtig die wissenschaftliche und politische Debatte. Meist stehen dabei der mögliche Wegfall von Arbeitsplätzen aufgrund der Automatisierung oder höhere Qualifikationsanfordernisse an ArbeiterInnen im Vordergrund. So vergeht kaum ein Monat ohne Veröffentlichung einer neuen Studie zum Ausmaß des Jobverlusts durch die Digitalisierung. Waren es früher in erster Linie gering Qualifizierte, denen prophezeit wurde, ihre Arbeitsplätze zu verlieren, so kommen in jüngerer Vergangenheit immer mehr ArbeiterInnen mit unterschiedlichen Qualifikationsprofilen unter Druck.

Üblicherweise wird in der Diskussion davon ausgegangen, dass die gegenwärtige Entwicklung einerseits unausweichlich ist und andererseits „disruptiven“ Charakter hat, also noch nie dagewesene Veränderungen mit sich bringt. Insbesondere die Kapitalseite betont gerne, die Veränderungen seien vorgegeben, könnten nicht mitgestaltet werden und schufen somit die Notwendigkeit sich anzupassen. Auf der Seite der ArbeiterInnen wird die Diskussion hingegen oft erstaunlich defensiv geführt und schwankt zwischen Zukunftsangst und anpassungswilligem ‚Technooptimismus‘. Somit hat die Debatte immer auch eine disziplinierende Funktion. Einerseits wird technologischer Wandel regelrecht gehypt; andererseits gelten diejenigen, die eine kritische Haltung zur Implementierung und den Auswirkungen neuer technologischer Methoden einnehmen, oft als ‚rückwärts-gewandte Modernisierungsverweigerer‘.

Dabei ist die Auseinandersetzung um die Auswirkungen des technologischen Wandels auf die Arbeitswelt keineswegs neu, sondern kehrt in unregelmäßigen Abständen immer wieder. So war beispielsweise schon in den 1980er Jahren vom ‚Ende der Arbeit‘ die Rede. Auch bei Karl Marx und John Maynard Keynes finden sich bereits Überlegungen, wenn auch mit anderer Zielrichtung. Keynes nahm etwa den technologischen Wandel zum Anlass, um über eine radikale Arbeitszeitverkürzung nachzudenken. Für Marx bildet der Einsatz neuer Technologien den Grundstein des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. Was im aktuellen Diskurs hingegen oft fehlt, ist das Bewusstsein (insbesondere aufseiten der ArbeiterInnen), dass technologischer Wandel und seine Auswirkungen nicht nur gestaltet werden können, sondern auch immer gesellschaftlichen Interessen dienen und daher umkämpft sind.

Die AutorInnen des Buches „Umkämpfte Technologien – Arbeit im digitalen Wandel“ versuchen eine andere Sichtweise auf die Debatte einzunehmen. Sie betrachten technologischen Wandel als gesellschaftlich umkämpften Prozess, dessen Richtung und Ausgang prinzipiell offen ist. Wer den technologischen Wandel wie gestaltet und wer davon profitiert, hängt dabei von den Machtverhältnissen in einer Gesellschaft ab. Erst diese Sichtweise eröffnet überhaupt die Möglichkeit, Gestaltungsspielräume im Sinne von ArbeiterInnen aufzuzeigen.

Der Aufbau des Buches spiegelt diese Logik wider. Im ersten Teil wird der gegenwärtige technologische Wandel zunächst historisch verortet, um sodann die aktuellen Ent-

wicklungen im Zusammenhang mit Digitalisierung und Automatisierung sowie die Debatte darüber zu beleuchten. Konkret liegt diesem Teil das Ziel zugrunde, herauszuarbeiten, wo und wie technologischer Wandel aktuell stattfindet, welche Rolle er in der kapitalistischen Entwicklung einnimmt, wer ihn vorantreibt und wer davon profitiert. Vergleiche mit früheren Entwicklungen und Auseinandersetzungen sollen klarmachen, dass die gegenwärtige Entwicklung nichts grundsätzlich Neues darstellt. In der konkreten Ausgestaltung des technologischen Wandels zeigen sich immer auch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Somit sind technologische Entwicklungen gestaltbar, ihre Richtung ist daher offen.

Den Auftakt des Buches machen Romana Brait und Simon Theurl, die dem technologischen Wandel historisch auf die Spur gehen. Anhand der Beispiele von Mühlen, Fabriken und Maschinenstürmern zeigen sie, dass er unterschiedlichen Interessen dient und daher immer umkämpft ist. Als Kombination von Alternativlosigkeit (TINA) und Technikdeterminismus (TEDET) stellt danach Jörg Flecker die gegenwärtige Debatte um Digitalisierung und Arbeit 4.0 dar. Ihr kommt aus seiner Sicht eine wichtige Rolle zu, weil sie die Gestaltbarkeit von technologischem Wandel und die enorme Ausweitung der Optionen durch Technik in einen einseitigen Anpassungszwang umdeute. Diese Interpretation zieht unmittelbar die Frage nach sich, welche Gruppen in der Gesellschaft über die Entwicklungsrichtung bestimmen und welche alternativen Wege noch möglich wären. Christian Reiner und Katerina Vrtikapa fragen im nächsten Beitrag, wer die Akteure des technologischen Wandels sind und innerhalb welcher Strukturen er stattfindet. Dabei stellen sie die Motivation von Unternehmen zur Beteiligung an technologischen Entwicklungen jener des Staates gegenüber. Peter Siller fasst linke Debatten über das emanzipatorische Potenzial von Technologien zusammen und entwickelt vier Ansätze zu einem reflexiven Technologieverständnis. Manuel Scholz-Wäckerle schließlich rundet den ersten Teil des Buches ab und diskutiert die Sichtweise auf den technologischen Wandel als ständige Veränderung der Rolle von Energie und Information im Lauf der historischen Entwicklung („carbo-silicon machine“). Er prägt sich demnach tief in Gesellschaft und Umwelt ein. Technologischer Wandel verleiht dem Kapitalismus allerdings keine Stabilität und bietet somit auch eine Chance zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise.

Im zweiten Teil des Buches werden die Auswirkungen des gegenwärtigen technologischen Wandels auf die Arbeits-


und Lebenswelten in mehreren Themenbereichen dargestellt. Wilfried Altzinger und Stella Zilian beschreiben die ökonomischen Verteilungseffekte des technologischen Wandels auf mehreren Ebenen: zwischen Arbeit und Kapital, unter den Lohnabhängigen sowie mit Blick auf die Monopolmacht von digitalen Konzernen. Käthe Knittler nimmt eine feministisch-ökonomische Perspektive ein, um das Auseinanderdriften der Produktivitätsentwicklung zwischen den Sektoren zu beleuchten. Das ermöglicht ihr, die vielfältigen Herausforderungen für die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit darzustellen. Bettina Haidinger wirft einen Blick auf die durch neue Technologien hervorgerufenen Kontrollmöglichkeiten im Betrieb. Die digitale Vermessung und Überwachung der ArbeiterInnen dient der profitorientierten Effizienzsteigerung und stellt die betriebliche Demokratie vor neue Herausforderungen. Philipp Schörpf beschreibt, welche Arbeitsverhältnisse die Plattformökonomie hervorbringt. Zwar ergeben sich neue Chancen der Erwerbsbeteiligung, größtenteils entstehen aber neue Formen der Prekarisierung. Dominik Klaus, Julia Schöllbauer, Edo Meyer und Benjamin Herr thematisieren die Entgrenzung von Arbeit und Effekte digitaler Technologien auf die Organisation des Familienlebens und der Freizeit.

Im dritten Teil werden schließlich Handlungsfelder und Spielräume für konkrete Veränderungen aufgezeigt. Michael Soder bietet einen historischen Überblick auf Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung. Darauf aufbauend stellt er unterschiedliche Modelle zur Umsetzung als Antwort auf die Digitalisierung vor. Martin Risak nimmt die aktuellen Trends und Veränderungen von Arbeitsverhältnissen zum Anlass, um eine notwendige Weiterentwicklung des Arbeitsrechts zu diskutieren. Er hebt hervor, dass es bei dieser Debatte schließlich um die Frage geht, wie wir leben und arbeiten wollen. Miriam Rehm und Mathias Schnetzer nehmen die Verteilung von Markteinkommen in den Blick. Sie zeigen welche Ansätze aktuell zur Beantwortung der Frage „Who owns the robots?“ zur Verfügung stehen. Christine Mayrhuber zeigt, dass soziale Sicherungssysteme auf den Normarbeitsverhältnissen einer Industriegesellschaft basieren. Diese werden durch den digitalen Wandel infrage gestellt, wodurch sich neue Herausforderungen für die soziale Absicherung und deren Finanzierung ergeben. Mascha Madörin geht der Frage nach, ob uns die (Care-)Arbeit wirklich ausgeht. Sie argumentiert, dass diese auch in absehbarer Zukunft von Menschen erbracht werden wird, und zeigt die Bedeutung einer alternativen feministischen Geldtheorie für eine neue Sorge- und Versorgungsökonomie auf. Kurt Vandaele diskutiert Optionen gewerkschaft-

licher Organisation im digitalen Zeitalter. Er demonstriert, welche Machtpotenziale und Organisationsformen ArbeiterInnen in der Plattformökonomie nutzen, um ihre Interessen erfolgreich durchzusetzen.

Dieses Buch stellt die vorläufige Bilanz einer längeren Diskussion innerhalb des BEIGEWUM (und mit einem weit über den BEIGEWUM hinausgehenden Kreis von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen) über die Auswirkungen des technologischen Wandels auf die Arbeitswelt dar. Auftakt zu dieser Diskussion war eine Sommerakademie, die der BEIGEWUM bereits im Juli 2015 gemeinsam mit der Gesellschaft für Plurale Ökonomik, FrauWL (feministisches Ökonominnen*kollektiv) und der Wirtschaftspolitischen Akademie in Wien organisierte. Schon damals war das Ziel, der gerade erst beginnenden Debatte über die Digitalisierung und ihre Folgen für ArbeiterInnen eine andere, emanzipatorischere Richtung zu geben. Drei Tage lang diskutierten mehr als 80 TeilnehmerInnen eine solche alternative Sichtweise und debattierten Ansatzpunkte und Möglichkeiten einer „Digitalisierung für ArbeiterInnen“.

Das Buch ist ein Folgeprojekt, in dem Ideen und lose Enden aus der Sommerakademie aufgegriffen und weitergeführt werden. Das Ziel dabei ist, die aktuellen Entwicklungen in einen breiteren historischen Kontext zu stellen und den technologischen Wandel als gesellschaftlich umkämpften Prozess zu betrachten, in dem Interessen und Machtverhältnisse eine wesentliche Rolle spielen. Zudem möchte der BEIGEWUM nicht nur die konkreten Auswirkungen der aktuellen Entwicklung in unterschiedlichsten Feldern untersuchen, sondern auch Gestaltungsmöglichkeiten und Ansatzpunkte für ein emanzipatorisches Projekt aufzeigen. Ein so komplexes und gesellschaftlich relevantes Thema braucht eine breite Perspektive, um ein- und denselben Sachverhalt möglichst umfassend, vertiefend und kontrovers zu diskutieren. Die AutorInnen der einzelnen Beiträge kommen daher aus unterschiedlichen Disziplinen und bringen ihre jeweilige fachspezifische Sichtweise ein. Gleichzeitig wird aufgrund des Umfangs und der Komplexität des Themas auch eingeräumt, dass viele Fragen offenbleiben und Lösungen oft nur angedeutet werden können. Die in diesem Buch eingenommene Perspektive auf den technologischen Wandel als gesellschaftlich umkämpften Prozess ist dennoch eine wichtige Voraussetzung, ihn im Sinne der ArbeiterInnen und eines guten Lebens für alle gestalten zu können. Der BEIGEWUM hofft, dass das Buch interessierten und kritischen LeserInnen die Möglichkeit gibt, die aktuellen Entwicklungen und Debatten in einen breiteren Kontext zu

stellen, dass es Argumente für die politische Diskussion liefert und nicht zuletzt Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigt. 

Dieser Beitrag ist ein von **TOBIAS ORISCHNIG** adaptierter Teil des Editorials des Buches. Tobias Orischnig ist neben Stefan Ederer, Bettina Haidinger, Petra Sauer, Simon Theurl und Katerina Vrtikapa Mitherausgeber des Buches für den BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen).



Umkämpfte Technologien.

Arbeit im digitalen Wandel

BEIGEWUM (Hg.)

Hamburg: VSA; 224 Seiten; 16.80 EUR;

ISBN 978-3-89965-847-7. Das Buch ist über

die Homepage des BEIGEWUM

www.beigewum.at zu bestellen.

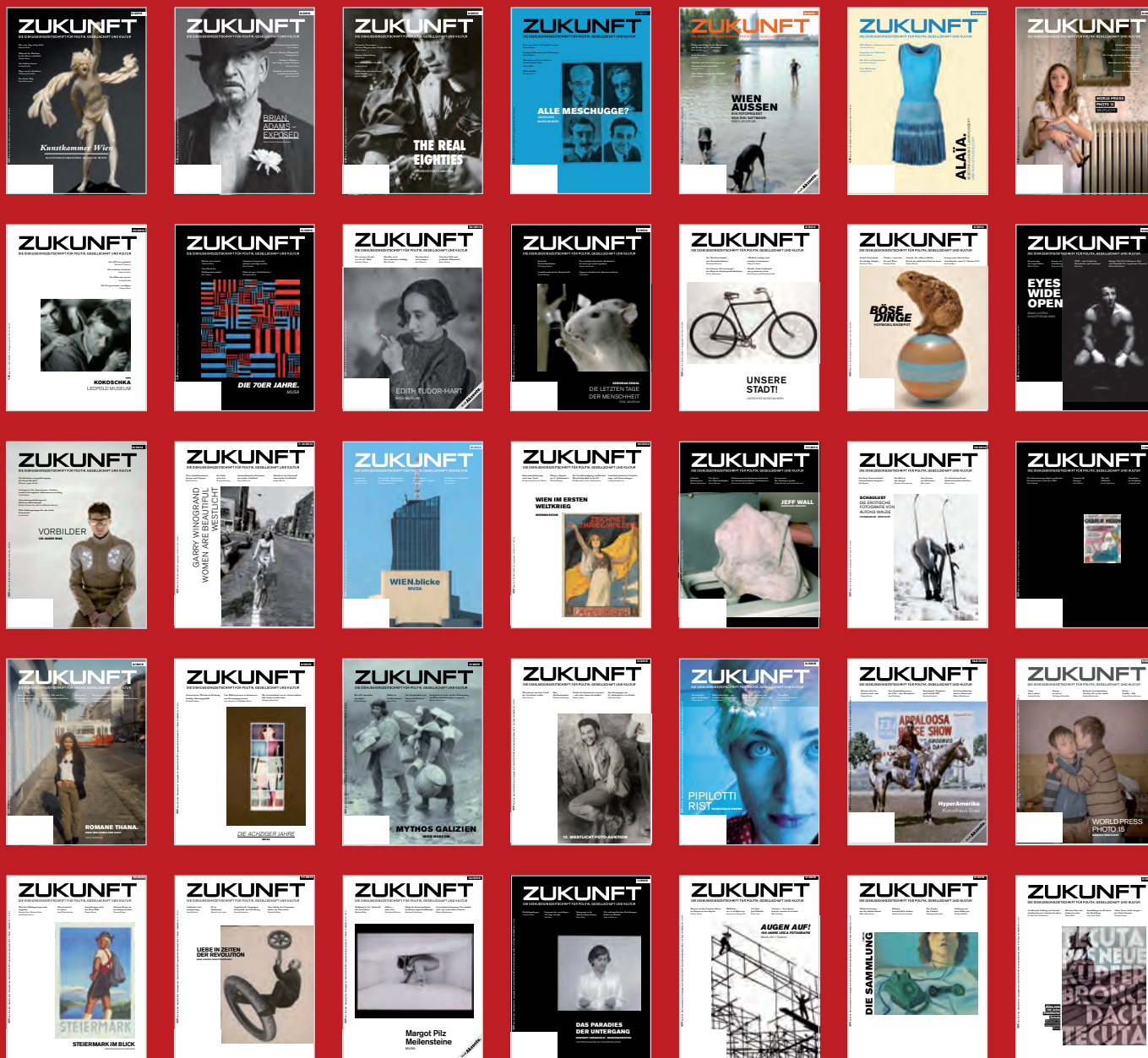


GEMMA, GEMMA
DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH
RENDERING WIEN MUSEUM NEU, SEPTEMBER 2018
© CWR ARCHITEKTEN

GEMMA, GEMMA DAS WIEN MUSEUM IM AUFBRUCH

WIEN MUSEUM





ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____